

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

# work



Fakten-Check:

Darum ist No Billag so gefährlich. Seiten 10-11

US-Talkmasterin  
Oprah Winfrey



# Verjagt diese Frau Trump?

Showstar gegen US-Präsident.

**Ausserdem:** Alles über den Trump-Besuch am **WEF**, den **#MeToo**-Aufstand und die wirklichen **«Shitholes»**.

Seiten 8-9

## Aufschwung

Darum blickt SGB-Chef-ökonom Daniel Lampart optimistisch ins neue Wirtschaftsjahr. Seiten 2-3



## Rente mit 60

Geizige Baumeister gefährden eine grosse Errungenschaft. Seite 2

## Pensionskasse

Was im Ausweis steht und warum Sie ihn lesen sollten. Seiten 14-15

# work rockt das Netz

Wir haben unsere Website poliert: was alles neu glänzt und warum. Seite 5



workedito Marie-Josée Kuhn

DIE WENDE

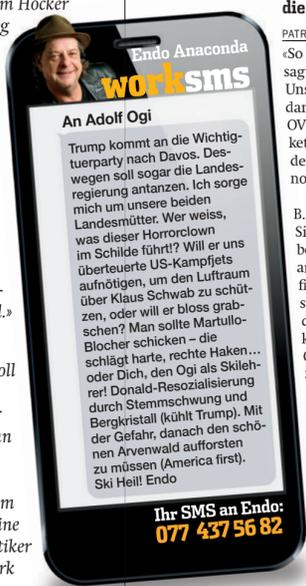
Vor drei Jahren war er ein einsamer Rufer in der Wüste des ökonomischen Unverstandes: SGB-Chefökonom Daniel Lampart. Niemand mochte damals so richtig in seine Kritik an der Nationalbank einstimmen. Lampart warnte und warnte und warnte. Bereits einen Monat nach der plötzlichen Aufhebung des Frankenmindestkurses erklärte er im work: «Mit dem Mindestkurs waren die Arbeitnehmenden sicher. Ohne Untergrenze kommen sie unter Druck.» Genau so kam es: Ohne Frankenschock hätte die Schweiz heute 100 000 Arbeitsplätze mehr. Das schätzt Wirtschaftspraxisprofessor Franz Jaeger und fordert einen neuen Mindestkurs. Es stand im work. Jaeger kritisiert die falsche Geldpolitik von Nationalbankchef Thomas Jordan. Und nicht nur er. Selbst Jordans oberster Chef, Bundesrat Johann Schneider-Ammann, findet, ein fairer Frankenkurs läge «klar über 1.20 Franken». Nach drei Jahren Lohndruck, Arbeitsplatzabbau und Einkaufstourismus bekommt Lampart, bekommen die Gewerkschaften recht. Die Aufhebung des Mindestkurses war ein Riesensehler und verheerend für die Schweiz. Im grossen work-Interview (Seite 3) über den Aufschwung gibt Daniel Lampart sich zwar bescheiden, aber der politische Umschwung ist ein – auch sein – Erfolg!

SNB-Kritiker Lampart bekommt recht.

Franz Jaeger und fordert einen neuen Mindestkurs. Es stand im work. Jaeger kritisiert die falsche Geldpolitik von Nationalbankchef Thomas Jordan. Und nicht nur er. Selbst Jordans oberster Chef, Bundesrat Johann Schneider-Ammann, findet, ein fairer Frankenkurs läge «klar über 1.20 Franken». Nach drei Jahren Lohndruck, Arbeitsplatzabbau und Einkaufstourismus bekommt Lampart, bekommen die Gewerkschaften recht. Die Aufhebung des Mindestkurses war ein Riesensehler und verheerend für die Schweiz. Im grossen work-Interview (Seite 3) über den Aufschwung gibt Daniel Lampart sich zwar bescheiden, aber der politische Umschwung ist ein – auch sein – Erfolg!

KRAWATTE. Da platzt mitten in diese Frankenwende die NZZ. Mit einem ganzseitigen Portrait über SNB-Chef Jordan. Nationalbank-Hofschreiber Peter A. Fischer erzählt darin aus dem prallen Leben des obersten Geldpolitikers. Dass dieser bereits im Gymnasium gelernt habe, Bilanzen zu lesen. Und dass er «praktisch an jedem Arbeitstag eine Krawatte» trage. Er damit aber «keine grosse Mühe» habe. Locker vom Hocker geht's dann via Rettung der crashenden UBS («extrem komplexe Operation») zur Aufhebung des Frankenmindestkurses («unangenehmer, aber unabdingbarer Entscheidung»). Und mündet in die Feststellung: «Überhaupt fühlt sich Jordan in seiner Aufgabe als Nationalbankpräsident sichtlich wohl.»

BESCHWÖRUNG? Liebe NZZ, was zum Teufel soll dieser naiv-erotische Schüleraufsatz? Soll er Jordan aufpäppeln? Ihn gar beschwören, nicht aufzugeben? Ist der Mann vielleicht auf dem Absprung, jetzt, wo seine Kritikerinnen und Kritiker überhandnehmen? work bleibt dran.



Baumeister verweigern Verhandlungen Die Rente mit 60 ist schon wieder in Gefahr

In den nächsten Jahren gehen mehr Bauarbeiter in Rente. Darum braucht es vorübergehend mehr Geld. Doch die Baumeister stellen sich quer.



RALPH HUG

Die Frühpensioenierung für Bauarbeiter ist ein voller Erfolg. Neue Berechnungen zeigen, dass die Zahl derer, die mit 60 in Rente gehen, gar stärker ansteigt als bisher angenommen. Das hat aber auch seinen Preis. Die Stiftung für den frühzeitigen Altersrücktritt (FAR) im Bauhauptgewerbe braucht für einen begrenzten Zeitraum einen finanziellen Zuschuss. Wie schon vor zwei Jahren (siehe Box). Lief da etwas falsch? «Nein», sagt Unia-Bauchef Nico Lutz, «aber die Fluktuation ist gesunken. Und das konnten wir nicht voraussehen.»

Sinkende Fluktuation heisst, dass heute immer weniger Bauarbeiter den Beruf wechseln oder ins Ausland abreisen. Sie bleiben im Job. Das ist auch eine – durchaus erwünschte – Folge der Rente mit 60, welche die Bauarbeiter im Jahr 2002 erkämpft hatten. Seitdem

FAR-Verhandlung: Schon vor zwei Jahren schwierig

Die Frühpensioenierung auf dem Bau brauchte 2014 eine Finanzspritze. Wegen der geburtenstarken Jahrgänge, die jetzt ins Rentenalter kommen. Statt das Problem mit einer Beitragserhöhung sauber zu lösen, wollten die Baumeister lieber das Rentenalter erhöhen. Oder die Renten massiv kürzen. Dagegen wehrte sich die Unia vehement. Schliesslich lenkten die Baumeister ein. Ab Juli 2016 wurden die FAR-Beiträge um 2 Prozentpunkte erhöht. Die Arbeitnehmenden übernehmen davon 0,5 Prozent und die Baumeister 1,5 Prozent. Dafür mussten die Bauarbeiter in den vergangenen zwei Jahren auf eine Lohnerhöhung verzichten. (rh)

können sie nach Jahren harter Arbeit würdevoll in den Ruhestand treten.

Die Finanzierungslücke besteht nur vorübergehend. 2024 ist der Höchststand erreicht, dann wird die Zahl der Rentner wieder zurückgehen. Darum sagt Bauchef Nico Lutz: «Das Problem ist lösbar. Die Bauarbeiter sind auch bereit, sich an den Kosten zu beteiligen.» Die Gewerkschaften wollen über eine befristete Erhöhung der Beiträge von einem halben bis einem Prozent verhandeln sowie über eine moderate Anpassung der Altersgutschriften.

BAUMEISTER STUR

Allerdings lehnen die Baumeister Verhandlungen ab. Schriftlich. Sie wollen keine höheren Beiträge bezahlen. Wie schon vor zwei Jahren wollen sie lieber das Rentenalter auf 61 Jahre heraufsetzen oder die Renten massiv kürzen. Dann aber wäre es vorbei mit der Rente mit 60. Und der grösste sozialpolitische Erfolg der letzten Jahrzehnte in der Schweiz wäre mit einem Schlag zunichte gemacht. Die Taktik der Baumeister: passiv bleiben, bis drastische Massnahmen unausweichlich sind. Die Baugewerkschaften nehmen das nicht hin. Unia-Bauchef Nico Lutz fordert die Baumeister auf, an den Verhandlungstisch zu kommen. Was, wenn sie sich weigern? «Wir werden für die Rente mit 60 kämpfen. So, wie wir es bisher getan haben.» Laut Lutz werde es keinen neuen Landesmantelvertrag geben, ohne dass die Rente mit 60 gesichert sei. Er schliesst auch Kampfmassnahmen nicht aus. Auf dem Bau könnte es also einen heissen Sommer und Herbst geben.

Dicke Luft beim Vögele-Nachfolger OVS macht Druck auf Personal

Weniger Zeit, mehr Arbeit: Beim Modehändler OVS sind die Angestellten am Limit.

PATRICIA D'INCAU

«So etwas habe ich noch nie erlebt», sagt Sylvie B.\* Sie erzählt von Stress, Unsicherheit und Angst. Und meint damit die aktuelle Stimmung bei OVS, der italienischen Modekette, die 2017 die serbellen Vögele-Läden übernommen hat.

Zum Glück für B., schien es damals. Sie konnte den Job behalten. Während am Hauptsitz in Pfäfers SZ rund 260 Personen entlassen wurden, sollte es in den Filialen keine Kündigungen geben. Im Gegenteil: «Zwischen 150 und 200 Stellen» wolle er schaffen, sagte OVS-Chef Stefano Beraldo im Juni dem «Blick».

ERNÜCHTERUNG. Davon ist heute wenig geblieben. B. weiss: Weil die Verkaufszahlen nicht stimmen, spart OVS am Personal. So wurden die Filialleiter im Dezember angewiesen, die Pensionerinnen im Stundenlohn Angestellten zu reduzieren – auf maximal 8 Stunden in der Woche. Was

darüber hinausgeht, wird nun auf die Festangestellten verteilt. Sie müssen die Zusatzarbeit – laut B. bis zu 30 Prozent mehr – in der normalen Arbeitszeit leisten. Das ist Stress pur. Denn: Überstunden dürfen keine mehr gemacht werden. Von zusätzlichen Arbeitsplätzen ist kaum mehr die Rede. Zwar wurden neue Stellen ausgeschrieben, doch die Filialleiter mussten plötzlich allen Bewerbungen absagen. Auf Geheiss von oben.



FURCHT. Bei OVS widerspricht man sich: «Ein genereller Anstellungsstopp wurde nicht ausgesprochen.» Das Unternehmen überprüfe laufend die Entwicklung der «Kostenstruktur». Dazu gehöre auch der Einsatz des Personals, heisst es auf Anfrage von work. In den Filialen ist die Stimmung indes gedrückt. «Die Leute haben Angst», sagt B. Das weiss auch Arnold Bouverat von der Unia. Er sagt: «Es ist eine massive Umstrukturierung im Gange.» Rund 150 Angestellte haben die Gewerkschaft inzwischen damit beauftragt, mit OVS das Gespräch zu suchen. Für Bouverat ist klar: Das Unternehmen muss handeln. Denn: «Die Angestellten werden krank, wenn das so weitergeht.»

\* Name der Redaktion bekannt.

SGB-Chefökonom Daniel Lampart sieht Licht am Ende des Tunnels:

«Jetzt geht es aufwärts!»

Der Franken hat sich abgeschwächt, der Aufschwung kommt – und Nationalbankkritiker Daniel Lampart wird mehrheitsfähig. Das wird ein gutes Jahr!

MARIE-JOSÉE KUHN

work: Daniel Lampart. Sie haben die Aufhebung des Frankenmindestkurses durch die Nationalbank vor drei Jahren von Anfang an scharf kritisiert. Damals allein auf weiter Flur. Inzwischen geben Ihnen immer mehr Experten recht: Es war ein grosser Fehler. Wie ist das, wenn man als Gewerkschaftsökonom plötzlich mehrheitsfähig wird?

Daniel Lampart: Mehrheitsfähig sind wir noch nicht ganz. Aber es zeigt sich jetzt halt, wie gravierend die Folgen dieser Mindestkursaufhebung sind: Zehntausende Arbeitsplätze gingen verloren, der Druck auf Löhne und Personalkommissionen in den Betrieben war sehr hoch. Entscheidend für uns wird jetzt sein, wo der Franken sich in Zukunft hinbewegt.

«Dieser Aufschwung gehört den Arbeitnehmenden.»

Sie sind kein bisschen stolz, dass Sie von Anfang an vor dieser Entwicklung gewarnt hatten?

Nein, wie sollte ich auch! Für mich war das schlimm mit anzusehen.

Selbst der neoliberale Ökonom Franz Jaeger gab Ihnen kürzlich in einer Studie\* recht, welche die Unia mit in Auftrag gegeben hatte. Ohne Frankenschock, sagt er, hätten wir heute 100 000 Arbeitsplätze mehr. Ist diese Schätzung realistisch?

In Deutschland sind seit 2009 allein in der Maschinenindustrie fast 20 Prozent zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen worden. Bei uns dagegen ging fast jeder zehnte Arbeitsplatz verloren. Das bedeutet klar: Ohne die Frankenüberbewertung hätten wir in der Exportwirtschaft eindeutig ein Beschäftigungsplus.

Inzwischen ist der Franken weicher geworden, der Wechselkurs zum Euro liegt aber immer noch unter 1.20. Reicht das? Sie sind froh über diese Entwicklung. Aber nein, das reicht nicht. Ein wirklich fairer Frankenkurs läge zwischen 1.25 und 1.35.

Fordern Sie einen neuen Mindestkurs?

Für uns entscheidend ist, dass wir jetzt möglichst in die Nähe von 1.25 bis 1.35 kommen werden. Wir erwarten, dass die Nationalbank die Zinsen tief hält und weiterhin interveniert, damit sich der Franken noch mehr abschwächt. Einen neuen Mindestkurs fordern könnte man schon, nur hat die Nationalbank dieses Instrument schlechtergedacht, so dass es schwierig wäre, es glaubwürdig wieder einzuführen. Was wir aber verlangen, ist eine kritische Bilanz der Geldpolitik der Nationalbank der letzten zehn Jahre: Was hat sie gebracht, was versäumt? Und wir fordern eine Nationalbankpolitik, die an den Devisenmärkten wieder klar vermittelt, wo sie den Franken haben will – und wo nicht. Eine Politik, die für einen stabilen, fairen Frankenkurs steht. So, wie das vor der starken Aufwertung 2009 war.

Sehen Sie Möglichkeiten, dieses Ziel von 1.25 bis 1.35 ohne Mindestkurs zu erreichen?

Solange die Zinsen auf dem Franken weniger attraktiv sind als jene auf dem Euro, das heisst insbesondere, solange wir in der Schweiz Negativzinsen haben, sollte sich der Franken tendenziell abwerten. Aber es kann auch immer anders kommen, denn die Devisenmärkte sind sehr nervös bis hysterisch.

\* Prof. em. Dr. Franz Jaeger und Dr. Tobias Trütsch: Volkswirtschaftliche Bedeutung und Problematiken der KMU der Schweizer Maschinenindustrie. Download: rebrand.ly/hsg-studie.



DANIEL LAMPART: «In der Schweiz klafft die Einkommensschere weit auseinander.» FOTO: YOSHIKO HUSANO

Was bedeutet der heute bessere Wechselkurs Franken-Euro für die Schweizer Exportfirmen?

Sie haben mehr Spielraum und Geld – auch für Lohnerhöhungen. Kommt dazu, dass die weltweite Konjunktur klar anzieht. Der Aufschwung hat inzwischen auch die Schweiz erreicht. Wichtig ist nun, dass er auch bei den Arbeitnehmenden ankommt. Und zwar in allen Branchen. Wir fordern deshalb: höhere Löhne, tiefere Arbeitszeiten und sicherere Arbeitsplätze.

Was heisst das konkret für die Löhne?

Die Kader und Spezialisten zocken weiterhin ab, die Zahl der Einkommensmillionäre steigt, aber die Löhne der Normalverdienenden hinken hinterher. In der Schweiz klafft die Einkommensschere weit auseinander. Das erfordert jetzt eine klare Korrektur: Lohnsenkungen ganz oben und Lohnanstieg bei den unteren und mittleren Löhnen.

Um wie viel also sollen die Löhne steigen?

Wir verlangen generelle Lohnerhöhungen von 1,5 bis 2 Prozent. Die Lohnverhandlungen sind derzeit noch im Gange. Eine erste Bilanz zeigt: Einzelne Industriebetriebe haben in diesem Rahmen abgeschlossen. Doch die Nullrunde, die die Baumeister wollen, die geht natürlich überhaupt nicht. Die Baubranche läuft gut, Lohnerhöhungen liegen auch dort absolut drin.

Und um wie viel müssen die Arbeitszeiten sinken?

Wir feiern dieses Jahr 100 Jahre Landesstreik. Eine der Errungenschaften

dieses Landesstreiks war die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von etwa 59 Stunden auf 48 Stunden. Nach dem Zweiten Weltkrieg sanken die Arbeitszeiten weiter. Doch dieser Prozess kam in jüngerer Zeit zum Erliegen, wir haben seit einigen Jahren sogar Arbeitszeiterhöhungen. Dies, obwohl die Produktivität weiterhin steigt. Ein Teil dieser Arbeitszeiterhöhungen war krisenbedingt. Sie betrafen übrigens nicht nur die exportorientierten Branchen wie die Maschinenindustrie, sondern gingen querbeet und betrafen auch den Finanzsektor, die Informatik und andere. Dazu kamen Arbeitszeiterhöhungen wie etwa beim Kanton Luzern: Als Folge von Steuerenkungen lässt man dort das Staatspersonal pro Woche neun statt 42 Stunden 43,25 Stunden arbeiten. Jetzt im Aufschwung müssen all diese Arbeitszeiterhöhungen schnellstens gesenkt werden. Orientierungsgrösse ist und bleibt die 40-Stunden-Woche.

«Wir fordern höhere Löhne und tiefere Arbeitszeiten.»

Die Nationalbank sitzt auf einem Riesenvermögen von 800 Milliarden Franken in Aktien, Anleihen und Goldbarren. Ist dieses Geld Volksvermögen?

Das Vermögen der Nationalbank ist grundsätzlich die Folge der Interventionen am Devisenmarkt. Anleger aus dem In- und Ausland haben viele Franken gekauft. Die Nationalbank gehört mehrheitlich den Kantonen. So gesehen ist es auch öffentliches Vermögen.

Die Geldpolitik hat aber Priorität. So kann es sein, dass dieses Vermögen aus geldpolitischen Gründen auch wieder liquidiert werden muss.

Trotzdem, die Nationalbank ist schwer reich. Zum Vergleich: Die 300 Reichsten der Schweiz besitzen laut Wirtschaftsmagazin «Bilanz» nur 674 Milliarden Franken...

...ja, es ist beachtlich. Ohne Aufhebung des Mindestkurses wäre das Nationalbankvermögen wohl nicht so hoch.

Könnte man also sagen, dieser Vermögensberg sei der Blutzoll für die Arbeitsplatzschlächtere, die unter dem Frankenschock stattgefunden hat?

Nein. Wenn die Nationalbank nicht interveniert hätte, wäre die Situation für die Arbeitnehmenden noch viel schlimmer.

Norwegen hat viel Öl, und die Schweiz hat viele Franken. Norwegen legt das Geld aus den Überkäufen in einem Staatsfonds an. Mit gutem Gewinn für die Allgemeinheit. Jetzt fordern verschiedene Persönlichkeiten, auch die Schweiz sollte ihre Nationalbankgewinne oder einen Teil davon in einem Staatsfonds anlegen. Oder in einem Aktienfonds. Oder in einem Industriefonds (siehe Box rechts). Einverstanden?

Ich gebe hier gerne meine Einschätzung zu geldpolitischen Fragen der Nationalbank. Über die Zusammensetzung der Nationalbankbilanz kann ich als Bankrat der Nationalbank aber nicht öffentlich Stellung nehmen. Denn hierzu entscheidet der Bankrat

workfrage: Lohnsenkungen oben, höhere Löhne für den Rest: Sind Sie dafür?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch

Braucht die Schweiz einen Staatsfonds?

Die Nationalbank hat die Lizenz zum Frankenducken. Mit diesen Franken interveniert sie an den Devisenmärkten. Seit der Aufhebung des Mindestkurses vor drei Jahren hat sie heftig interveniert und 200 Milliarden Franken gedruckt, um den überbewerteten Franken zu schwächen.

Diese Art von Geldpolitik hat dazu geführt, dass die Nationalbank jetzt auf einem Vermögen von 800 Milliarden Franken in Aktien, Anleihen und Goldbarren sitzt (siehe Interview mit SGB-Chefökonom Lampart). Das ist massiv. Zum Vergleich: Die 300 Reichsten in der Schweiz haben ein geschätztes Vermögen von 674 Milliarden Franken («Bilanz»). Die Nationalbank ist also schwerer als alle in der Schweiz ansässigen Superreichen zusammen.

VORBILD NORWEGEN. Es geht um 800 Milliarden Volksvermögen. Wenn dieses Nationalbankvermögen oder Teile davon vergleichbar gut in einem Staatsfonds angelegt würden, wie Norwegen das mit seinen Gewinnen aus den Ölverkäufen macht, müsste der Ertrag pro Jahr bei etwa 6 Prozent liegen. Kein Wunder, nimmt die Zahl der Befürworterinnen und Befürworter eines solchen Fonds auch hierzulande zu. Ein Überblick:

UBS-Chefökonom Daniel Kalt würde die 800 Milliarden bei der Nationalbank belassen. Da diese das Geld gut anlege, die Erträge allerdings sollen in einen «helvetischen Staatsfonds» fliessen. Das wären für 2017 54 Milliarden. Immerhin. Damit liesse sich einiges machen.



Schon lange für einen Staatsfonds ist der SVP-Bahnunternehmer Peter Spuhler. Wie er diesen ausgestalten will, hat er bisher nicht im Detail ausformuliert.

SP-Politiker und Ökonom Rudolf Strahm schlägt einen ausgelagerten National-Anlagefonds vor, den man mit einem guten Teil der 800 Milliarden speisen könnte. Wichtig für ihn: Das Geld soll nicht als «Selbstbedienungsladen für Budgetpolitiker» gebraucht werden.

Der St. Galler Ökonom Franz Jaeger empfiehlt die Schaffung eines strategischen Investitionsfonds für KMU durch die Nationalbank.

Einen sozialpartnerschaftlichen Produktionsfonds will Unia-Industriechef Corrado Pardini (work berichtete). Dieser soll den Industriestandort Schweiz stärken. Die SP-Politikerin und Ökonomin Susanne Leutenegger Oberholzer würde der Nationalbank mindestens 500 Milliarden wegnehmen und aus den Erträgen des so geschaffenen Staatsfonds die AHV sanieren und Frankenkassenprämien verbilligen. 2017 reichte sie dazu eine Motion ein. (mjk)



## SDA vor Schreiber-Streik

BERN. Ohne sie wären viele Zeitungen halbleer: die News-Agentur SDA. Nun wollen die Chefs radikal abbauen und in der Redaktion 40 von 150 Vollzeitstellen streichen. Dagegen wehrt sich jetzt die Belegschaft. Sie hat Vorschläge ausgearbeitet, um Stellen zu retten. Geht die Chefetage darauf nicht ein, will die Redaktion streiken. Für die Gewerkschaft Syndicom ist klar: Der geplante Kahlschlag wäre für die Schweiz und ihre Medien verheerend. Gerade in Zeiten von Fake News sei die SDA unabdingbar. Sie sorgt für die «Grundversorgung mit gesicherten Nachrichten».



DIE REDAKTION der SDA ist bereit, für ihre Jobs zu streiken. KEYSTONE

## Die Heuchelei von Ex Libris

ZÜRICH. Sparschok bei der Buch- und DVD-Händlerin Ex Libris: 43 Filialen weg, 114 Stellen gestrichen. CEO Daniel Röthlin jammert: Niemand mehr kaufe Bücher und Filme im Laden. Doch das Bedauern über den Stellenabbau sei pure Heuchelei, sagt Danièle Lenzin von der Unia. Denn die Migros-Tochter verfolgt eine aggressive Billigstrategie im Onlinehandel: «Ex Libris war vor rund zehn Jahren treibende Kraft gegen die Buchpreisbindung», so Lenzin, die damals für die Gewerkschaft Syndicom die Pro-Kampagne leitete. «Den Wandel, den Ex Libris jetzt beklagt, hat sie selber gewollt. Den Preis dafür zahlen nun die Angestellten.»

## Lafarge Holcim bricht Wort

GENÈVE. Geplant war ein feierlicher Tag: Am 10. Januar wollten die Gewerkschaften und der Zementriese Lafarge Holcim ein Abkommen unterzeichnen. Es hätte den Dialog mit den Belegschaften an allen Standorten des globalen Konzerns geregelt. Darauf hatten sich die Sozialpartner geeinigt. Doch Lafarge Holcim liess den Termin kurzfristig platzen: Man habe keinen Bedarf mehr. Rolf Beyeler von der Unia kritisiert diesen Affront: «Das ist Wortbruch und respektlos gegenüber den eigenen Beschäftigten.»

## Chaos-Software bei der SBB

BERN. Bei den SBB-Lokführern herrscht seit November das nackte Chaos. Schuld daran ist die neue Software, mit denen die Bahn die Einsätze plant. Jürg Hurni von der Bahngewerkschaft SEV warnt: «Disponenten und Lokpersonal kommen physisch und psychisch an ihre Grenzen.» Trotzdem wollen die SBB erst im April über die Zukunft des Systems entscheiden und es auf jeden Fall bis Ende Jahr weiter nutzen. Das geht dem SEV aber viel zu langsam: «Die SBB sollen die Übung endlich abbrechen», fordert Jürg Hurni.

# ABB Sécheron: Geschäftsleitung macht mickrige Zugeständnisse Belegschaft will nachverhandeln



NICHT MIT UNS: Die Búezer von ABB in Genf wehren sich gegen die Verlagerung von Jobs nach Polen. FOTO: KEYSTONE

Die ABB will 150 Jobs von Genf nach Polen auslagern. Nach Protesten der Belegschaft krebst die Geschäftsleitung ein bisschen zurück. Die Búezer sagen: ungenügend!

SABINE REBER

Die ABB will die Produktion der Traktions-Transformatoren für Eisenbahnen nach Polen verlagern, um Kosten zu senken. Im November kündigte der Industriekonzern die Streichung von rund 150 der 250 Stellen im Werk von ABB Sécheron in Genf an – trotz vollen Auftragsbüchern.

Die Búezer wehrten sich zusammen mit der Unia gegen den Abbau. Während insgesamt sechs Tagen hielten sie kollektive Konsultationen ab und diskutierten Strategien, wie man die Stellen in Genf retten könnte. Unterstützt wurden sie dabei von einer Taskforce, die der Genfer

Staatsrat Pierre Maudet (FDP) ins Leben gerufen hatte. Dieser gab sich gegenüber work zuversichtlich, dass «alle oder wenigstens ein Teil der Stellen» in Genf erhalten werden könnten. Insbesondere hoffte Maudet, den Industriestandort Genf zu einem Zentrum für Elektromobilität auszubauen.

### MEHR ZEIT

Die Rettungsvorschläge von Belegschaft und Taskforce, die sie der Geschäftsleitung noch Ende Jahr präsentiert haben, gehen denn auch in diese Richtung: Der E-Mobility-Standort Genf solle weiter gefördert werden.

ABB-Ingenieur Pascal Oberson\*, der an der Ausarbeitung der Vorschläge beteiligt war, erläutert work: «Mindestens die Hälfte der Stellen müssen in Genf bleiben, sonst fällt unser Werk unter eine kritische Grösse. Und wir for-

dern mehr Zeit für den Transfer der Stellen nach Polen. Dafür braucht es drei Jahre und nicht, wie von ABB vorgeschlagen, nur 18 Monate.» Ausserdem müsse in Genf ein Pool

### «85 Entlassungen sind 85 Entlassungen zu viel!»

PASCAL OBERSON, ABB-INGENIEUR

für Elektromobilität aufgebaut werden, so dass alle Stellen, die nach Polen verlagert würden, durch neue Jobs ersetzt werden könnten. Und das brauche eben Zeit, sagt der ABB-Mann. Der Bericht beinhalte aber einen detaillierten Businessplan, in dem aufgezeigt werde, wie die verlagerten Jobs alle ersetzt werden könnten, versichert er.

### GROSSE ENTÄUSCHUNG

Jetzt hat die ABB-Spitze auf den Widerstand und die Vor-

schläge der Belegschaft reagiert: 2018 sollen neu noch keine Entlassungen erfolgen. Und die Zeit für den Transfer nach Polen soll auf 24 Monate verlängert werden.

Das Unternehmen will zudem 15 Stellen weniger streichen als angekündigt. Ingenieur Oberson meint: «Immerhin macht die Direktion einen Schritt in unsere Richtung, aber 85 Entlassungen, das sind immer noch 85 Entlassungen zu viel! Wir sind sehr enttäuscht.»

Der Vorschlag der Geschäftsleitung gehe viel zu wenig weit, sagt auch Unia-Mann Alessandro Pelizzari: «Wir fordern Nachverhandlungen.» work weiss: Auch Staatsrat Pierre Maudet ist enttäuscht über den Vorschlag der ABB. Am WEF in Davos will er unbedingt mit CEO Ulrich Spiesshofer reden.

\*Name geändert.

### UMSTRITTEN

#### ABB-STRATEGIE

Die Auslagerungsstrategie von ABB-Chef Ulli Spiesshofer (Honorar 2015: 9,1 Millionen Franken) ist selbst im ABB-Management höchst umstritten. Hinter vorgehaltener Hand sprechen ABB-Manager von «kommerziellem Selbstmord» (work vom 17. November 2017). Mit guten Gründen. ABB Sécheron ist die weltweit führende Herstellerin von Traktions-Transformatoren. Solche braucht es in Wechselstromzügen und -lokomotiven. Der Eisenbahnmarkt wächst deutlich stärker als der Durchschnitt der Weltwirtschaft. Der Betrieb macht satte Gewinne – dank der guten Búez der Mitarbeitenden und dank den guten Margen.

### FEHLER. Das Problem

von Spiesshofers Strategie: Kaum haben die ABB Sécheron-Kunden von der geplanten Produktionsverlagerung nach Polen gehört, kamen die knallharten Forderungen: ABB solle die Preise um mindestens 10 bis 15 Prozent reduzieren. Spiesshofer kann die Lohnkosten jedoch mit der Verlagerung gerade mal von etwa 12 auf rund 4 Prozent reduzieren. Das heisst: Auch im für Spiesshofer besten Fall bringt die Produktion in Polen weniger Gewinne oder sogar Verluste.

## Anständiger Sozialplan besiegelt das Ende einer deutschen Sulzer-Filiale Eine Lehrstunde über Recht und Macht

Die Sulzer-Pumpenfabrik im westdeutschen Lohmar ist Geschichte. Der Macht eines international aufgestellten Unternehmens war nicht beizukommen.

MICHAEL STÖTZEL

Gegen dieses Weihnachtsgeschenk hatten sich die Beschäftigten der Sulzer-Pumpenfabrik im westdeutschen Lohmar lange gewehrt. Vergeblich. Am 21. und 22. Dezember unterzeichneten der Betriebsrat, das ist die Arbeitnehmervertretung, und der Winterthurer Konzern einen Sozialplan und besiegelten damit das Aus des Unternehmens.

FRISS ODER STIRB. Nach Recht und Gesetz hätte es nicht dazu kommen dürfen. Denn der Betriebsrat hatte 2014 mit dem Konzern einen Standortsicherungsvertrag abgeschlossen. Danach sollte es bis Ende 2019 keine weiteren betriebsbedingten Entlassungen mehr geben. Der



LANGE GESICHTER: Die Sulzer-Pumpenbauer in Lohmar wehrten sich für ihre Arbeitsplätze. Trotz Standortsicherungsvertrag setzte der Konzern die Schliessung per Ende 2017 durch. FOTO: IG METALL

Vertrag sei gültig, bestätigten mehrere Gerichtsinstanzen. Sulzer könne deshalb die gut laufende Fabrik nicht vor Ende 2019 schliessen.

Doch der international aufgestellte Konzern umging das Recht der Beschäftigten. Er zog Aufträge von Lohmar ab und verteilte sie an seine anderen, vermeintlich billigeren Standorte in Irland

und China (work berichtete). Eine künstliche Insolvenz herbeiführen, so nennt das regionale IG Metallchef Michael Korsmeier: Das Werk kann nicht mehr genug produzieren, um nur schon seine Kosten zu decken. Die Beschäftigten wurden damit vor die Alternative gestellt, «zu fressen oder zu sterben», sagt Christophe Hassenfor-

der, der Präsident des Betriebsrates. Entweder Verhandlungen über einen Sozialplan zur Schliessung des Unternehmens auf Ende 2017 aufzunehmen. Oder die Insolvenz zu riskieren und damit praktisch leer auszugehen.

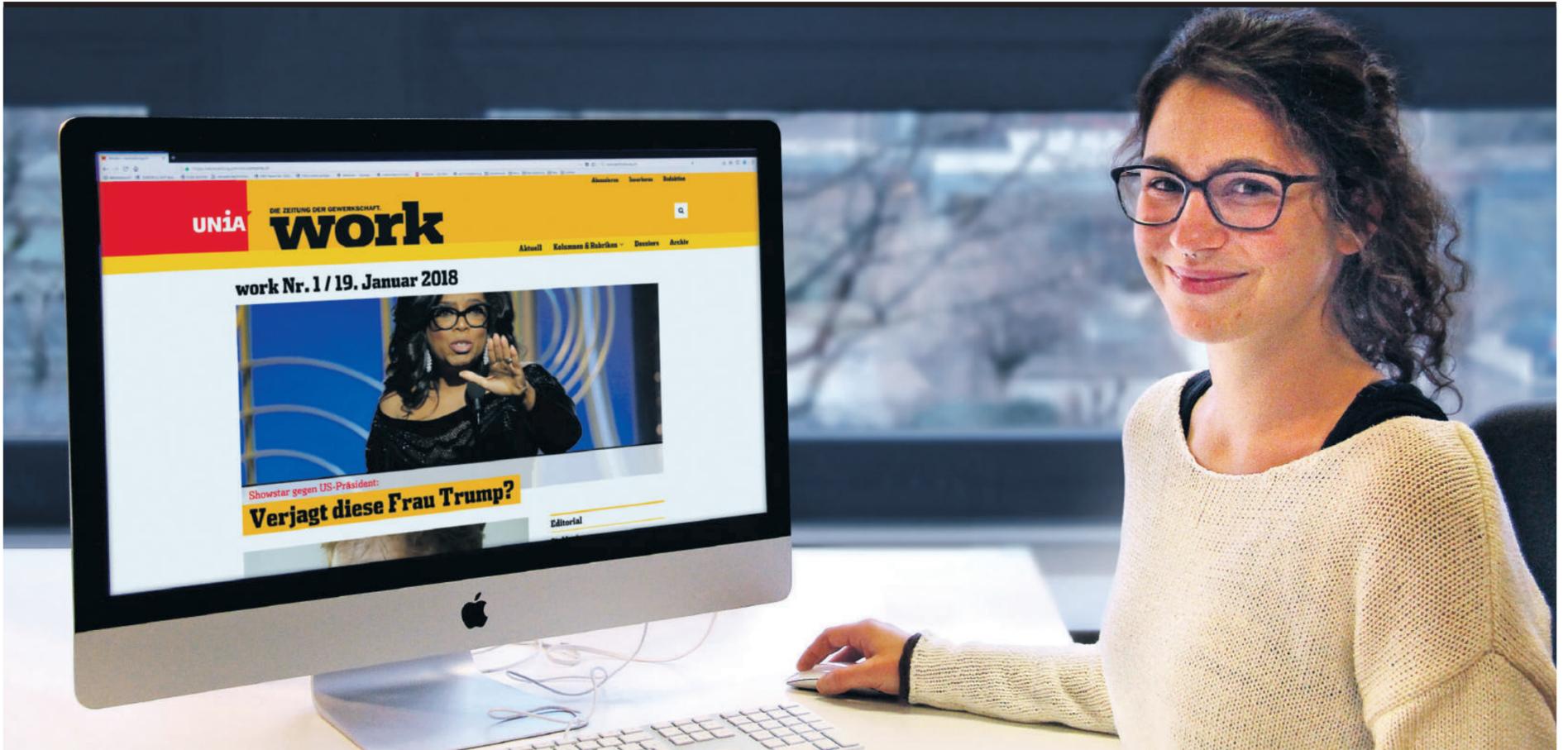
30 MILLIONEN. «Wir werden nicht als gebrochene Menschen den Standort verlas-

sen», hatte Hassenforder zu Verhandlungsbeginn erklärt. Das ist ihm und seinen Leuten vom Betriebsrat gelungen. Bei einem Volumen von rund 30 Millionen Franken muss niemand den freien Fall befürchten. Von den 170 Beschäftigten gehen 112 in eine sogenannte Transfergesellschaft. Die gibt ihnen bei

### Sulzer drohte ganz unverhohlen mit Insolvenz.

87 Prozent des letzten Nettolohns ein Jahr Zeit, sich weiterzubilden und neue Arbeit zu finden.

Am intensivsten wurde über einen Treuhandvertrag verhandelt. Er soll den Beschäftigten nach dem Rechtsbruch von Sulzer grössere Sicherheit geben, dass sich der Konzern diesmal an das hält, was er unterschrieben hat. «Wir lassen uns nicht ein zweites Mal an der Nase herumführen», sagte Hassenforder.



DIGITALES UPDATE: Redaktorin und Webmasterin Patricia D'Incau betreut den neuen Internetauftritt von work. FOTO: WORK

## Freude herrscht: work ganz neu und frisch im Web

# www.workzeitung.ch

**Pünktlich zur ersten Ausgabe im neuen Jahr präsentiert work den rundum erneuerten Webauftritt.**

PATRICIA D'INCAU

Bereits 2003 wagte work, als eine der ersten Schweizer Zeitungen überhaupt, den Sprung ins Internet. Nach 14 Jahren im Dienst hat der bisherige Webauftritt nun allerdings Staub angesetzt – gestalterisch wie auch technisch. Darum geht er jetzt in den wohlverdienten Ruhestand. Die Nachfolgerin wartet mit mehr Inhalten auf, viel Farbe, grossen Bildern und knalligen Titeln. Auffällig im Stil, klar im Inhalt. Also typisch work.

**DAS IST NEU.** Mehrere Monate lang wurde an der neuen Seite getüftelt. Und das nicht nur an der Optik, sondern auch an den Funktionen. Dort hat work im Netz nun mehr zu bieten. Zum Beispiel:

- Gesammelte work-Dossiers: Von der AHV über den Landesstreik bis zu den Abzockern im internationalen Böencasino – im work-Dossier werden wichtige Themen, ob historisch oder aktuell, unter die Lupe genommen. Auf der neuen Website sind sämtliche Dossiers nun mit einem Klick abrufbar.

### Social Media: Auf work-Spur

work bringt die Mächtigen ins Schwitzen – auch im Netz: Folgen Sie work auf Facebook und Twitter (@workzeitung) und diskutieren Sie mit!

sowie an Cervelat- und andere Promis gehören ebenso zum work-Inventar wie Jean Zieglers Analysen und Anekdoten aus dem globalen Haifischbecken, das 1x1 der Wirtschaft und der worktag. Auf der neuen Website lassen sich alle Rubriken und Kolumnen einfach finden und nachlesen.

**IMMER ZUR HAND.** Hinter dem neuen Webauftritt stecken die kreativen Köpfe von Konvermedia, Elisabeth Balzer und Martin Hitz, das junge Webteam von Comotive und eine Arbeitsgruppe der work-Redaktion. Schliesslich haben sie auch nachgeholt, was bisher fehlte: Die Artikel lassen sich einfach über Mail verschicken, kommentieren oder über Facebook und Twitter verbreiten (siehe Box). Und: Das druckfrische work lässt sich neu immer und überall lesen, als PDF. Weil Teilen Freude macht.

### work-Dossiers auf einen Blick



**«Wir erleben eine Renaissance der Arbeitskämpfe»**  
Ralph Hug, 1. Dezember 2017 – Seit zwanzig Jahren nimmt die Zahl der Streiks in der Schweiz wieder zu. Das zeigt der ehemalige Unia-Co-Präsident Andreas Rieger zusammen mit Vanja Alleva in einem neuen Buch. [mehr](#)



**Der Landesstreik: Die Mutter aller Streiks**  
**Suppenküchen, Handgranaten und ein dreifacher Mord**  
Ralph Hug, 1. Dezember 2017 – Plötzlich herrschte Aufruhr im ganzen Land. Die drei Streiktage im November 1918 veränderten die Schweiz. Für immer. [mehr](#)



**Exklusiv: Das grosse work-Interview mit Revolutionär Lenin**  
**«Jetzt rede ich!»**  
Ralph Hug, 3. November 2017 – Zum hundertsten Jahrestag der russischen Revolution gelang es work, ein Interview mit Wladimir Iljitsch Lenin zu führen.

### Tolle Archiv-Funktion



work Nr. 21 / 17  
15. Dezember 2017



work Nr. 20 / 17  
01. Dezember 2017



work Nr. 19 / 17  
16. November 2017



work Nr. 18 / 17



work Nr. 17 / 17



work Nr. 16 / 2017

### Rubriken & Kolumnen in der Übersicht



**worktag**  
**«Vieles ist Beziehungsarbeit»**



**Ratgeber**  
**Spenden tut gut**



**Riegers Europa**  
**Sorgfaltspflicht im Trend**



**Das offene Ohr**  
**Kündigung: Darf mir die Chefin in den Ferien kündigen?**



**Endo Anaconda – worksms**  
**An Doris Leuthard**



**Rosa Zukunft – Technik, Umwelt, Politik**  
**Klimaschutz: Grimsel-Granit und Super-Batterien**



**Jean Ziegler – la suisse existe**  
**Die Schweiz unter Baracke**



**Biberli meint: «work im Web – gut für den Durchblick!»**

work-Print-Designer Kurt Schwerzmann zum neuen Webauftritt:  
**«Finde ich gut, vor allem auch, weil man die workzeitung darin wieder-erkennt.»**



# Notime-Velokurierin Dominique Grimm freut sich: «Endlich sind wir fair angestellt»

**Ein Jahr lang mussten sie ringen, doch nun erhalten die Fahrerinnen und Fahrer vom Velokurierdienst Notime einen anständigen Lohn – und nachträglich die Sozialabgaben.**

CHRISTIAN EGG | FOTOS JASMIN FREI

«Das ist super, der Einsatz hat sich gelohnt», sagt Fahrerinnen Dominique Grimm. Fast ein Jahr lang hat sie dafür gekämpft, dass ihr Arbeitgeber Notime sie regulär und zu guten Bedingungen anstellt. Nun haben Grimm und ihre Kolleginnen und Kollegen mit Notime eine Vereinbarung unterzeichnet, die alle strittigen Punkte klärt.

Notime liefert per Velokurier Waren aus, etwa für Manor oder den



**«Der einjährige Kampf für einen Arbeitsvertrag hat sich gelohnt.»**

DOMINIQUE GRIMM, VELOKURIERIN

Onlinehändler Brack. Seit der Gründung 2015 ist die Firma rasch gewachsen und beschäftigt derzeit rund 400 Fahrerinnen und Fahrer. Die meisten davon bis vor kurzem als Scheinselbstständige. Das heisst: keine Ferien, keine Unfallversicherung, keinen Lohn, wenn sie krank waren. Und die Firma bezahlte für sie auch keine Sozialabgaben – genau wie der Dumping-Taxidienst Uber.

## JETZT ZAHLT NOTIME

Damit ist jetzt Schluss. Alle Notime-Beschäftigten haben einen Arbeitsvertrag bekommen. Mehr noch: Die Beiträge der Sozialversicherungen zahlt Notime auch rückwirkend, und zwar den Arbeitgeber- und den Arbeitnehmeranteil. Bis sie die Chefs davon überzeugen konnten, brauch-

ten Dominique Grimm und ihre Mitstreiter viel Ausdauer. Die 20-jährige, die sich mit Kurierfahrten ihr ETH-Studium verdient: «Wir mussten die Leute zuerst dazu bringen, dass sie sich überhaupt für diese Fragen interessieren.»

Unfreiwillig habe ihnen dann aber Notime geholfen, sagt Grimm mit einem Schmunzeln. Im September schickte die Firma allen Angestellten einen Arbeitsvertrag zu. Wer ihn unterschrieb, sollte rückwirkend auf alle Ansprüche verzichten. «Das hat viele stutzig gemacht.» Denn viele wussten, dass die Firma sich um die Sozialabgaben drückt.

Die Fahrerinnen und Fahrer führten eine Protestkundgebung in Bern durch (work berichtete), und der Velokurierdienst Notime willigte in Verhandlungen ein. Auch bei den Löhnen konnte die Fahrerdelegation etwas herausholen: 23 Franken brutto pro Stunde plus einen Franken pro abgeschlossenen Auftrag. Dazu kommt ein Franken pro Stunde als Entschädigung, weil die Angestellten ihr eigenes Velo und Handy benutzen. Unia-Mitglied Grimm findet den Lohn jetzt «in Ordnung – auch wenn wir gerne noch etwas mehr gehabt hätten».

## EINE PREMIERE

Roman Künzler, bei der Unia zuständig für Transport und Logistik, hat die Fahrerinnen und Fahrer begleitet und beraten. Er sagt: Mit Notime hat ein neues Kapitel begonnen. Denn Notime steht für einen neuen Typ Firma, sogenannte Plattformen: Sie stellen Mitarbeitende nicht mehr dauerhaft an, sondern verteilen nur Aufträge von Fall zu Fall. Der gewerkschaftliche Notime-Erfolg sei ein wichtiger Schritt, so Unia-Mann Künzler: «Zum ersten Mal in der Schweiz haben Beschäftigte einer solchen Plattform erreicht, dass sie regulär angestellt werden.»



LANGER ATEM: Dominique Grimm und ihre Kurier-Kolleginnen und -Kollegen pedalen nun endlich mit einem Arbeitsvertrag in der Tasche. FOTOS: JASMIN FREI

## FÜR FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN IN DER LOGISTIK FAIRLOG

Miese Löhne, Stress und lange Tage: Im Strassen-transport und in der Logistik hat sich die Lage der Arbeitnehmenden in den letzten Jahren verschlechtert. Dagegen wollen jetzt drei Gewerkschaften gemeinsam vorgehen: Unia, SEV und Syndicom haben sich zur Allianz Fairlog zusammengeschlossen. Ziel ist es, bei Gesamtarbeitsverträgen und in den Betrieben koordiniert aufzutreten und auch in der Politik an Einfluss zu gewinnen.

**PREKÄRE LAGE.** Den Aufbau in den Betrieben macht weiterhin jede Gewerkschaft für sich. Die Unia will auch den Lagern und Verteilzentren mehr Beachtung schenken. Diese Branche ist in den letzten Jahren enorm gewachsen. Roman Künzler: «Heute arbeiten dort rund doppelt so viele Menschen wie im Strassen-transport. Und die Bedingungen sind vielerorts prekär.»

(che)

# SVP-Führer verbreitet Sowjet-Mythen: Blochers Grimm-Märchen

**Zum 100-Jahr-Jubiläum des Landesstreiks serviert Hobby-Historiker Christoph Blocher alte sowjetische Zöpfe über den Schweizer Arbeiterführer Robert Grimm.**

RALPH HUG

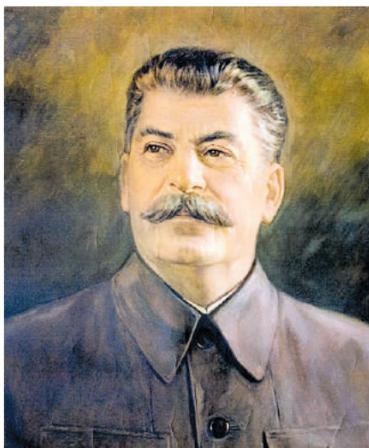
Robert Grimm (1881–1958) war beim Landesstreik 1918 der Anführer. Er ging als ein bedeutender Sozialist in die Geschichte ein. Einst Revolutionär, wurde er später tüchtiger Beamter. In Pension ging er als Direktor der BLS-Bahn.

Nun taucht Grimm wieder auf – und zwar ausgerechnet beim Kommunistenfresser Christoph Blocher. In einem Vortrag am Bertscholdstag in Wetzikon ZH stilisierte der Multimilliardär den Arbeiterführer zum roten Schreckgespenst hoch. Dieser habe einen Bürgerkrieg anzetteln und die Diktatur des Proletariats errichten wollen. Daher habe ihn das Militär bremsen und die Demokratie vor dem Umsturz retten müssen.

**KONFUSE VERDREHUNGEN.** Grimm als hitziger Volksverführer und der autoritäre General Ulrich Wille, der die Armee gegen die streikenden Arbeiter



EINER MEINUNG: Christoph Blocher (SVP, Multimilliardär) und Josef Stalin (KPdSU, Diktator) sind sich einig über die Bedeutung von Zimmerwald. FOTOS: KEYSTONE, GETTY



rinnen und Arbeiter aufbot, als Schutzpatron der Demokratie: So sieht das Blocher. Selbstverständlich durfte bei dieser Geschichtsverdrehung auch die alte These der Rechten nicht fehlen, der Schweizer Landesstreik sei ein bolschewistischer Umsturzversuch gewesen, von Russland aus gesteuert. Und also böss! Mit der Realität hat das nichts zu tun. Grimm-Kenner wie die Histori-

ker Bernhard Degen oder Adrian Zimmermann haben Blochers zahlreiche Verdrehungen bereits richtiggestellt – nachzulesen auf der Website der Grimm-Gesellschaft ([www.robertgrimm.ch](http://www.robertgrimm.ch)). Tatsächlich war Grimm gegen den Kapitalismus. Er wollte die Revolution, aber keinen blutigen Umsturz wie in Russland. Und er war schlau, wendig und widersprüchlich. So sah er ein,

dass der Landesstreik gegen das aufmarschierte Militär keine Chance hatte. Aber er stimmte als einziger gegen den Abbruch des Streiks.

Der Gipfel der Absurdität ist aber Blochers Äusserung, Grimm sei mitverantwortlich für 100 Millionen Tote der Sowjetdiktatur. Und dies, weil Robert Grimm 1917 die internationale Sozialistenkonferenz in Zimmerwald BE organisiert und mitgeholfen habe, dass Lenin unerkannt aus der Schweiz nach Russland fahren und die Oktoberrevolution anführen konnte.

**AUFGEBAUSCHTER MYTHOS.** Grimms Bedeutung für die Weltgeschichte in allen Ehren. Aber die russische Revolution war schon längst im Gange, als Lenin endlich in St. Petersburg ankam. Bereits Monate zuvor hatten Proteste und Aufstände – ausgelöst durch streikende Frauen – das morsche Zarenregime hinweggefegt (es stand im work). Lenins Bolschewiki wussten diese Aufstände geschickt zu organisieren und zu kanalisieren.

Später bauschte Josef Stalin Zimmerwald zum Gründungsort der Sowjetunion auf.

**SCHLAMPIGER EINFLÜSTERER.** Blocher hat schon viele Märchen erzählt. Doch so schlampig war er noch selten. Da hat ihm sein Einflüsterer, Ex-Uniprofessor Christoph Mörgeli, ein faules Ei gelegt. Auf das Konto von Mörgeli geht wohl auch die übelste Verdrehung in Sachen Grimm. Und die geht so: Mit Hilfe eines entstellten Zitats aus einer Rede im Nationalrat im Jahr 1940 sollte der Sozialist und Antifaschist Grimm als Anpasser an Nazi-Deutschland hingestellt werden. Blocher gab dies in einem Interview mit dem «Tages-Anzeiger» im Dezember zum besten.

Ein Journalist fragte Blocher nach seiner Märchenstunde über Grimm übrigens, wieso er den Arbeiterführer überhaupt würdige, wenn der Mann doch gar kein Vorbild gewesen sei, sondern vielmehr ein «gefährlicher Cheib». Blocher antwortete, er wolle den Landesstreikfeiern der «linken Verharmloser» etwas entgegensetzen. Das ist dem SVP-Führer tatsächlich gelungen – mit einem astreinen bolschewistisch-sowjetischen Märchen.

# Lohngleichheit: Bundesrat macht Mini-Schritte Warum geht es nicht schneller, Frau Fetz?



**EIN MÄNNER-THEMA:** Von Lohngleichheit seien über ihre Partnerinnen und Töchter auch Männer betroffen, sagt Anita Fetz.

FOTO: KEYSTONE

**Firmen mit mehr als 50 Angestellten sollen Lohnanalysen machen müssen. Doch FDP, SVP und Wirtschaftsverbände laufen Sturm. Ein Riesenafront, sagt SP-Ständerätin Anita Fetz.**

SABINE REBER

**work:** Das neue Rating des britischen Wirtschaftsmagazins «The Economist» zeigt einmal mehr: die erwerbstätigen Frauen haben es hierzulande schwer. In Sachen Kinderbetreuung, aber auch punkto Lohngleichheit fällt die Schweiz hinter den Durchschnitt der OECD-Staaten zurück. Warum?

**Anita Fetz:** Die Schweiz ist immer noch konservativ, ausser in den grösseren Städten. Das Rollenbild der Mutter, die zu Hause bleibt oder maximal Teilzeit arbeitet, ist enorm hartnäckig und tief verankert – auch bei vielen Frauen selbst. Und unser Steuersystem diskriminiert die verheirateten, erwerbstätigen Frauen, indem es fast ihren ganzen Verdienst wegbesteuert.

**Wenigstens bei der Lohngleichheit geht nun etwas. Firmen mit mehr als 50 Angestellten sollen Lohnanalysen machen müssen. So will es der Bundesrat. Es sind zahme Forderungen: Wer sie nicht erfüllt, muss keine Sanktionen befürchten. Trotzdem leisten FDP und SVP jetzt schon erbitterten Widerstand. Kommen wir eigentlich nie voran?** Sollte das Gleichstellungsgesetz in der ständerätlichen Kommission nicht durchkommen, wäre das ein Riesenafront für die Frauen. Ein Nichteintreten wäre ein verheerendes Zeichen. Zugleich ist es schwierig, für dieses schwache Gesetz zu mobilisieren:

es bietet schlicht zu wenig, als dass Frauen dafür mit Begeisterung kämpfen würden. Aber es ist trotzdem zu wichtig, um es einfach fallenzulassen, da es wenigstens einen Schritt in die richtige Richtung bedeuten würde.

**Was brauchte es denn, damit sich die Frauen wieder bewegen?** Eine klare Forderung, hinter die sich viele Frauen mit Begeisterung stellen können. Wir müssen mobilisieren und mit Engagement gemeinsam auf die Strasse gehen. Und es braucht die Einsicht, dass Lohngleichheit nicht einfach ein Frauenthema ist. Die meisten Männer haben Partnerinnen und Töchter, die noch keine Lohngleichheit haben.

**Die Gewerkschaften arbeiten an einer Initiative, um die Lohngleichheit endlich durchzusetzen. Eine gute Idee?** Eine solche Initiative fände ich sehr hilfreich! Damit könnten wir richtig Druck machen.

**Sie kamen 1985 erstmals in den Nationalrat, heute sind Sie Ständerätin. Was haben wir Frauen in all diesen Jahren erreicht?**

Wir haben viel erreicht dank der feministischen Frauenbewegung. Doch die meisten jüngeren Frauen wissen zum Beispiel gar nicht mehr, dass der Lohnunterschied zwischen Mann und Frau in den 1980er Jahren noch einen Drittel betrug. Dank den Lohnprozessen aufgrund des Gleichstellungsgesetzes ist er heute viel kleiner. Es gab damals kein Recht auf Schwangerschaftsabbruch, keine Gleichstellung in der Ehe, keinen bezahlten Mutterschaftsurlaub, kaum Kinderkrippen, keine Kindergutschriften in der AHV, Vergewaltigung war noch kein Officialdelikt usw. Das alles haben wir erkämpft.

**WORKTIPP**

**SGB-FRAUENKONGRESS ÜBER CARE-ARBEIT**

Am 19./20. Januar findet in Bern der 13. Frauenkongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) statt. Das Motto lautet: «Unsere Zeit ist mehr wert!» Nebst Care-Arbeit und Prekarität von



**FRAUENRECHTE:** Aktion für Lohngleichheit der SGB-Frauen. FOTO: UNIA

Frauenarbeit wird die Lohngleichheit eines der Hauptthemen sein. Die von der Unia im letzten Jahr angeregte Subito-Initiative zur Durchsetzung der Lohngleichheit befindet sich in der Ausarbeitung. Ausserdem sind für 2018 diverse weitere Aktionen zur Lohngleichheit geplant, die am Frauenkongress diskutiert und beschlossen werden sollen.

## Europa: Wo die grössten Paschas hausen Im Haushalt anpacken? Nein, danke!

**Im Osten und Süden der EU gehört die Küche noch fast ganz den Frauen.**

MARIE-JOSÉE KUHN

Putzen, waschen, kochen, staubsaugen: vor allem im Osten der EU zeigen sich die Männer am haushaltfaulsten. Nur 12 Prozent der Kroaten, 13 Prozent der Bulgaren, 14 Prozent der Ungarn und 16 Prozent der Slowaken helfen täglich im Haushalt. Das zeigt eine neue Publikation des statistischen Amtes der EU Eurostat mit Zahlen von 2016 ([rebrand.ly/eu-studie](http://rebrand.ly/eu-studie)).

Im Osten sitzen die Paschas also noch fest im Sattel. Dies, obschon die Erwerbsquote der Frauen mindestens in Bulgarien, Ungarn und der Slowakei nicht markant tiefer liegt als jene der Männer. Und obwohl die Frauen meist in Vollzeit erwerbstätig sind. Allerdings sind in Ungarn, Kroatien und der Slowakei auch überdurchschnittlich viele Frauen teilweise haushaltsabstinent. Warum? Eine Eurostat-Forscherin hat nur eine Vermutung: «Vollzeitarbeit in diesen Ländern könnte es schwermachen, mehr Zeit fürs Kochen aufzubringen.»

**GUTE GAUCHOS.** Ganz anders ist die Situation in Lettland. In dem krisenge-

schüttelten baltischen Staat herrschen zu Hause quasi nordische Zustände: 57 Prozent der Männer und 82 Prozent der Frauen packen dort täglich mit an. Damit landet Lettland auf Platz 1 mit den haushaltstauglichsten Männern Europas, zusammen mit Finnland. Und direkt vor Schweden und Dänemark.

Immer noch haushaltsresistent sind die Männer aber auch in Griechenland, Italien und Portugal. Die Spanierinnen hingegen haben ihre Gauchos offenbar besser im Griff.

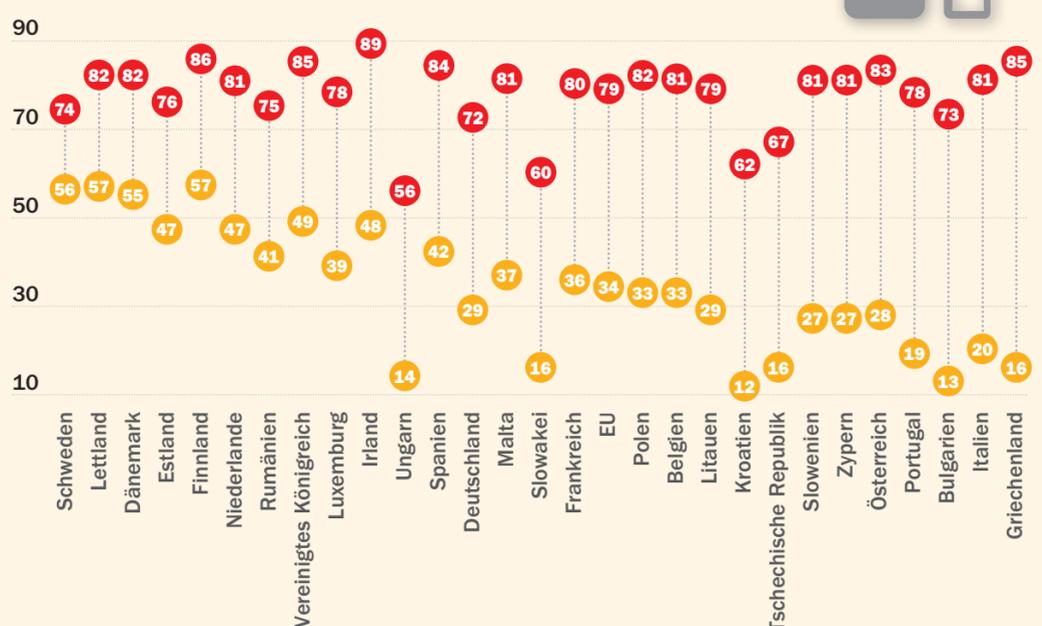
**GEMÜTLICHE SCHWEIZER.** Und wie steht es eigentlich bei uns? Die Schweiz kommt in der Eurostat-Statistik nicht vor, deshalb lässt sich kein direkter Vergleich ziehen. Klar ist aber: Die Frauen leisten hier durchschnittlich 28,1 Stunden unbezahlte Familien- und Hausarbeit, während sich die Männer mit 17,9 Stunden begnügen (Zahlen 2016, Bundesamt für Statistik). Pro Woche heisst das beim Kochen: 7,1 Stunden vs. 3,8 Stunden. Beim Putzen: 4,5 vs. 1,9. Und beim Waschen und Bügeln: 2,3 vs. 0,6. Zwischen 2010 und 2016 haben die Männer in der Schweiz ihren Einsatz im Schnitt um eineinhalb Stunden erhöht. Die Hoffnung stirbt zuletzt.

### Tägliche Hausarbeit und Kochen, 2016

**Wie eingebunden sind Frauen und Männer?**

% der Erwachsenen von 18 Jahren und älter, die täglich kochen und/oder Hausarbeiten verrichten

● Frauen ● Männer



## Der Wirtschaft geht's besser Streikwelle erfasst Europa

«Streikfähig muss man sein, sonst reden die gar nicht richtig mit uns», sagte mir Gewerkschaftsbundschef Erich Foglar, als ich ihm im Dezember unser Buch «Streik im 21. Jahrhundert» schenkte. Der Österreicher schilderte dann, wie die Verhandlungen über die Löhne von 180 000 Angestellten in der Metall- und Elektroindustrie so gar nicht vom Fleck kamen – trotz nächte-



Andreas Rieger ist Unia-Sekretär und vertritt den SGB im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB).

langem Verhandeln. Also machten sich die Gewerkschaften kampfbereit und deblockierten die Streikgelder. Und siehe da, plötzlich kamen die Verhandlungen in Schwung, und es folgten drei Prozent Lohnerhöhung.

**MEHR LOHN.** Um die Jahreswende hat auch die IG Metall in Deutschland Streikbereitschaft erstellt. Hier geht es um die Tarifverträge (GAV) für fast 4 Millionen Lohnbezüger in der Metall- und Elektroindustrie. Die Forderung der Gewerkschaft: sechs Prozent mehr Lohn. Die Arbeitenden sollen zudem das Recht haben, ihre Arbeitszeit vorübergehend bis auf 28 Stunden zu reduzieren. Für tiefe Löhne soll es dabei einen Lohnausgleich geben. Solche Begehren bringen die Arbeitgeber auf die Palme. Auf die verkürzte Arbeitszeit wollen sie nicht eingehen. Diese sei illegal wie auch Kampfmassnahmen für diese Forderung. Die IG Metall lässt sich dadurch nicht einschüchtern. Seit Anfang Jahr organisiert sie verlängerte Warnstreiks, die überraschend mal da, mal dort laufen. Eine neue Streiktaktik, die nun ausgeweitet wird.

**GUTE KONJUNKTUR.** Warnstreiks gibt's derzeit auch in den Skoda-Werken in Tschechien und bei Ford in Rumänien, bei Amazon in Deutschland und Italien. Bankangestellte streiken in Finnland, Lehrerinnen und Lehrer in Portugal und Holland. Hintergrund dieser Welle ist der Wirtschaftsaufschwung. Dank der guten Konjunktur müssten die Löhne nun eigentlich endlich wieder steigen. Tun sie aber nicht. Also greifen die Beschäftigten wieder zur Streikwaffe. In der Krise war diese mehrheitlich im Schrank geblieben, zu sehr hatten die Leute Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren. Das ist nun vorbei.

**WELTWEIT.** In der Krise war diese mehrheitlich im Schrank geblieben, zu sehr hatten die Leute Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren. Das ist nun vorbei.

\* Vania Alleva, Andreas Rieger (Hg.), Rotpunktverlag, 25 Franken.

**UNIA**  
online



### Unterschreiben Sie die Petition der Elektriker/-innen!

Die Verhandlungen für den neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) der Elektriker/-innen laufen. Die Forderungen: ● Erhöhung der Reallöhne um 150 Franken ● Erhöhung des Mindestlohnes um 200 Franken ● 20 Franken Verpflegungsspesen ● Frühpensionierung mit 62 ● 5 Weiterbildungstage. Unterschreiben Sie die Petition auf:

[www.unia.ch/elektro](http://www.unia.ch/elektro)

# Der US-Präsident kommt in die Schweiz Darum passt Trump nach Davos

**Ende Januar trifft sich der unflätige Populist Donald Trump mit den Eliten der Weltwirtschaft in den Schweizer Alpen. Sie haben einiges gemeinsam.**

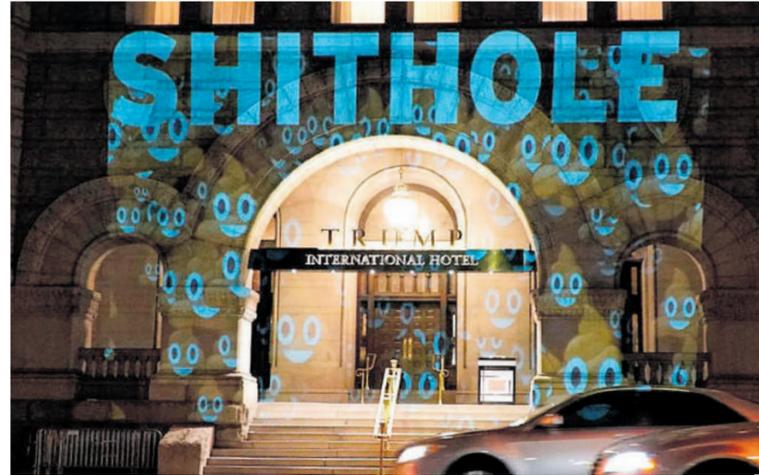
LOTTA SUTER

«Shithole», Scheissloch, projizierte der US-Videoaktivist Robin Bell kürzlich in Grossbuchstaben über den Eingang des Trump-Hotels in Washington DC. Die 45 Minuten dauernde Installation war eine Retourkutsche für Donald Trumps rassistische Verunglimpfung afrikanischer Staaten als «Scheisslöcher». Der provokative Fassadenschmuck ist aber weit mehr als ein kindischer Austausch saftiger Flüche. Er zeigt uns, wo die Kacke wirklich am Dampfen ist. Nämlich beim Präsidenten der Vereinigten Staaten höchstpersönlich.

### DAS GROSSKAPITAL JUBELT

Was Donald Trump im ersten Jahr seiner Regierungszeit zusammengelogen hat, geht auf keine Kuhhaut. Und er ist ausserdem ein unverbesserlicher Sexist, der andere Sexisten in seine Regierung holt. Er ist ein weisser Nationalist, der in allen dunkelhäutigen Menschen eine Bedrohung sieht. Trumps politischer Ehrgeiz fällt in zwei Kategorien: Erstens will er mit viel Getöse die Regierungszeit seines afroamerikanischen Vorgängers so weit wie möglich ungeschehen machen. Er hat das Pariser Klimaabkommen aufgekündigt und die nach der Finanzkrise von 2007/2008 verschärften Bankengesetze wieder gelockert. Er hat Obamas Gesundheitsreform ausgehöhlt.

Er bekämpft die neuen Rechte von Transgender-Personen und das jahrzehntealte Recht von Frauen auf eigenverantwortliche Familienplanung. Er fordert die Polizei zu noch härterem Vorgehen auf. Auch die bescheidenen Fortschritte unter Obama in Sachen Schutz am Arbeitsplatz und gewerkschaftlicher Organisation sind bereits rückgängig gemacht worden. Das ist die Rückkehr zur «guten alten Zeit», als Amerika noch gross und weiss war. Zweitens jedoch betreibt der Ex-Immobilienhai Trump eine dynamisch-neoli-



**PROTEST.** Als Reaktion auf Trumps Shithole-Länder-Äusserung projizierte ein US-Videoaktivist «Scheissloch» auf das Trump-Hotel in Washington DC. FOTO: SCREENSHOT YOUTUBE

berale Politik für die nahe Zukunft. Er baut zwecks Profitsteigerung den Schutz von Mensch und Umwelt ab. Er hat die Steuerrate von Unternehmen von 35 Prozent auf 21 Prozent gesenkt, wofür ihn etwa die Schweizer Grossbank UBS über den grünen Klee lobt. Die Börsenzahlen sind für den US-Präsidenten das Mass aller Dinge. Er brü-

### Trump zum Schluss

Vom 23. bis 26. Januar treffen sich 3000 Wirtschaftsvertreter, Showstars und Politiker in Davos zum 48. WEF. Der Frauenanteil liegt bei 21 Prozent. US-Präsident Trump wird die Schlussrede halten. Infos: [rebrand.ly/notrump](http://rebrand.ly/notrump)

stet sich gern mit dem aktuellen wirtschaftlichen Erfolg und dem Wachstum der USA – Entwicklungen, die zum Teil noch auf die Wirtschaftspolitik seines Vorgängers Barack Obama zurückzuführen sind.

### LEERE VERSPRECHEN

Die weiter zunehmende wirtschaftliche und soziale Ungleichheit in der Bevölkerung ist für ihn und seine republikanische Partei kein Thema. Zwar hatte der Präsidentschaftskandidat

Trump den Wählerinnen und Wählern riesige Infrastrukturprogramme versprochen und damit auch linke und gewerkschaftliche Stimmen gewonnen. Doch bis heute gibt es dafür noch keine Pläne. Man weiss bloss, dass Präsident Trump am liebsten gar keine staatlichen Gelder für die Allgemeinheit ausgeben möchte.

Schliesslich erhöhen seine Steuergeschenke an Unternehmen und Reiche das Staatsdefizit bereits um rund 1,7 Billionen Dollar. Jetzt soll gespart werden: bei Sozialprogrammen, beim Service public und bei der öffentlichen Infrastruktur.

Donald Trump ist ein hemmungsloser Rassist und Sexist, der sagt, was er denkt. Damit biedert er sich beim «Volk» an, genauer beim weissen Männervolk. Doch er ist auch ein skrupelloser Kapitalist, dem jedes Mittel recht ist für den grossen Gewinn. Damit ist er dem populistischen Poltern zum Trotz doch der richtige Mann für das WEF in Davos, diesem exklusiven Treffpunkt der Reichen, diesem hochalpinen «Shithole».

### WELTZOZIALFORUM:

## DIE ANDEREN 99 PROZENT

Als die Reichen und Mächtigen im Januar 2001 im verschneiten Davos eintrudelten, um im exklusiven Kreis den Zustand der Welt zu verhandeln, versammelten sich unter der brasilianischen Sonne Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Bürgerinnen und Bürger. Tausende Menschen kamen damals in Porto Alegre zum ersten Weltsozialforum (WSF) zusammen. Unter dem Motto: «Eine andere Welt ist möglich!».

**BRASILILIEN.** Bis heute ist das Forum der grösste Kontrapunkt zum Davoser Elitetreff. Und: Es findet noch immer statt. Dieses Jahr vom 13. bis zum 17. März 2018 in Salvador da Bahia (Brasilien). Vor Ort sein wird auch work-Redaktorin Patricia D'Incau, um zu berichten, wie sie – trotz Trump & Co. – endlich möglich werden soll, diese «andere Welt».



## #MeToo: Die Zeit für Machos ist abgelaufen

**An der Verleihung der Golden Globes solidarisierten sich Hollywoodstars in Schwarz mit Opfern sexueller Belästigung.**

«Time's Up»: Die Zeit ist abgelaufen, so heisst die neue Initiative der Hollywoodfrauen. Und das sind nicht bloss leere Worte. In einem Fonds stellten sie 13 Millionen Dollar für allfällige Gerichtsprozesse wegen sexueller Gewalt oder Übergriffen bereit. Überdies wollen die Stars ihre Berühmtheit und ihr Geld für eine griffigere Gesetzgebung gegen Belästigung am Arbeitsplatz einsetzen. Die Zeit für Machos sei vorbei, sagen Divas

wie Meryl Streep oder Gwyneth Paltrow. Und zwar nicht bloss im Filmstudio, sondern auch draussen auf den Feldern, in den Fleischpackereien, in der Hotellerie, in den Fabrikhallen... Die Schauspielerinnen und Preisträgerin Oprah Winfrey brachte es auf den Punkt: Es geht um Achtung und Respekt für alle Menschen, ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer Hautfarbe und ihrer sexuellen Orientierung.

**DIVAS UND CAMPESINAS.** Die Solidaritätsbotschaft aus Hollywood ist nicht zuletzt ein Dankeschön an die rund 700 000 Mitglieder der Landwirtschaftsgewerkschaft «Ali-

anza Nacional de Campesinas». Spontan stellten sich die Campesinas hinter die Filmfrauen, als sie sagten, dass der Fernsehproduzent Harry Weinstein seine berufliche Stellung ausnutzte, um Un-

### Feminismus wird in den USA neu gelebt.

tergebene sexuell zu erpressen. «Wir arbeiten nicht im Rampenlicht, sondern im Schatten der Gesellschaft, doch wir teilen eure Erfahrung. Ihr seid nicht allein. Wir glauben euch und stehen euch

bei», schrieben die Gewerkschafterinnen damals an die Promis.

**SCHAM WIRD WUT.** In den USA entsteht eine neue Art von Feminismus und Frauensolidarität. Der Women's March vom 21. Januar 2017 gegen den Supermacho Trump mobilisierte über vier Millionen Menschen in fünfhundert US-Städten. Der Weinstein-Skandal in Hollywood im Herbst 2017 gab der von der Afroamerikanerin Tamara Burke 2006 gegründeten #MeToo-Kampagne neuen Aufschwung. Höchste Zeit, dass sich die Scham sexuell Belästigter in Wut umwandelt! (ls)



OPRAH WINFREY: Die Showmasterin ist die perfekte Anti-Trump-Figur. FOTO: GETTY IMAGES

## US-Wahlen 2020

# Oprah oder Donald

**Kommt es 2020 in den USA zum Wahlduell zwischen zwei TV-Stars? Und verkommt die älteste Demokratie der Welt dabei zum Cabaret?**

LOTTA SUTER

Die US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner wollen 2020 lieber die Talkshow-Moderatorin, Schauspielerin und Unternehmerin Oprah Winfrey (63) zur Präsidentin wählen als nochmals den Ex-TV-Star und Immobilienhändler Donald Trump (71). In einer aktuellen Umfrage des nationalen Radiosenders NPR punktet die schwarze Frau klar gegen den weissen Mann.

### REICH UND MIT HERZ

Kein Wunder, die glamouröse Afroamerikanerin ist schon rein optisch attraktiver als der Deutschamerikaner mit der gelben Schmalztolle. Ausserdem kann Oprah im Gegensatz zu Donald lesen und das Gelesene auch verstehen und weitervermitteln. Das hat sie als Moderatorin ihres Literaturclubs sehr erfolgreich getan. Sie ist zwar politisch ebenso unerfahren wie ihr Gegen-

### Oprah Winfrey kann zwischen Wahrheit und Lüge unterscheiden.

spieler, doch sie weiss wenigstens, was sie nicht weiss. Anders als der Superegoist Trump hat sie zudem ein Herz und ein Gewissen und spendet einen Teil ihres Vermögens für gute Zwecke wie Schulen und sozialen Wohnungsbau. Sie kann zudem zwischen Wahrheit und Lüge, zwischen Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit, zwischen Ehrbarkeit und Korruption unterscheiden. Kurz, sie ist die perfekte Anti-Trump-Figur.

Oprah Winfrey und Donald Trump sind beide reich und berühmt. Doch die gewiefte Geschäftsfrau ist aus eigener Kraft die erste schwarze Milliardärin geworden. Sie kam 1954 als Kind einer unverheirateten schwarzen Mutter im rassengetrennten Süden der USA zur Welt. Sie erlebte eine schwierige Kindheit mit Missbrauch und Entbehrungen. Diese Frau wisse, was gewöhnliche Menschen durchmachten, sagen ihre Geschlechtsgenossinnen und Angehörige von Minderheiten. Welch ein Kontrast zum sexistischen und rassistischen Trump, der mit dem Silberlöffel im Mund geboren wurde und der sich häufig in seinen exklusiven goldenen Clubs verschanzt.

### NICHT IM ERNST

Die politische Paarung Winfrey – Trump ist zurzeit noch ein reines Gedankenspiel. Nach Winfreys feuriger Rede für eine bessere Zukunft an der Preisverleihung bei den Golden Globes 2018 wurde sie in den US-Medien begeistert als potentielle Präsidentschaftskandidatin 2020 für die demokratische Partei gehandelt. Nicht zum ersten Mal. Doch die so Gefeierte wehrte sich nicht mehr so resolut wie früher dagegen.

Das heisst noch nicht, dass man Oprah Winfrey in der etablierten Politik ohne weiteres willkommen heisst. Die Republikaner lehnen die Mächtigerpolitikerin aus ideologischen Gründen ab, denn sie hat in der Vergangenheit Barack Obama und Hillary Clinton unterstützt. Bei den Demokraten ist man sich uneinig. Für die einen Parteistrategen ist die charismatische und beliebte Oprah Winfrey die perfekte linkspopulistische Antwort auf den Aufstieg des Rechtspopulismus. Andere stellen sich gegen Oprah und sagen, nach vier Jahren clowneskem Trumpismus sei es höchste Zeit für eine Rückkehr zur ernsthaften Politik, zu solidem Fachwissen und Regierungserfahrung. Wollen sie damit auch sagen, es sei (immer noch) nicht Zeit für eine Frau, schon gar nicht ein Schwarze?



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## ZERSTÖRTES LEBEN

Es war Frühherbst in den Freiburger Alpen. Nasser Schnee fiel auf die Passstrasse des Moléson. Der Velofahrer trat unbeirrt in die Pedale. Seit zwei Tagen war Clément Wieilly unterwegs. Er kam von Freiburg und wollte zum Völkerbundpalast in Genf. Dort tagte im September

**Als das Nazigesetz noch in Kraft war, sass ich im Nationalrat. Ich tat nichts. Ich schäme mich.** 2017 die 36. Session des Uno-Menschenrechtsrates. Im Rucksack trug Wieilly Hun-

derte von Hand geschriebene Briefe, die von unsäglichem Leid zeugten. Ein Beamter nahm auf der regengepeitschten Place des Nations die Dokumente in Empfang. Dass diese Briefe zu einer völkerrechtlichen Verurteilung der Schweizer Regierung führen könnten, ist so gut wie ausgeschlossen. Denn der Menschenrechtsrat arbeitet nach dem Subsidiaritätsprinzip: Wenn ein Mitgliedsstaat in einer Deliktsache bereits tätig geworden ist, tut die Uno nichts mehr.

**DIE VERDINGKINDER.** 85 000 Jungen und Mädchen sind im Laufe von fünf Generationen ihren meist bitterarmen Eltern durch Schweizer Behörden entrissen und in kirchlichen Waisenhäusern oder in Erziehungsanstalten eingelocht worden. Sexuelle Gewalt, Schläge, Essensentzug, Hilflosigkeit, Verzweiflung und zerstörtes Leben waren in den meisten Fällen das Los der «Versorgten». Das fürchterliche Nazigesetz zur «administrativen Versorgung» wurde erst 1981 aufgehoben.

Die Schweiz, mein Land, hat ein schreckliches Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Als dieses Nazigesetz noch in Kraft war, sass ich im Nationalrat. Ich tat nichts. Ich schäme mich. Bis zu meinem Lebensende. Im Herbst 2016 bewilligte die Bundesversammlung einen Kredit von 300 Millionen Franken. Für jede administrativ versorgte Person wurde eine Wiedergutmachungssumme von maximal 25 000 Franken bewilligt. Ende der Gesuchsfrist ist der kommende März. Und jetzt kommt das Problem: Viele der etwa 20 000 heute noch Lebenden, denen Schweizer Behörden die Kindheit, die Jugend, häufig das ganze Leben zerstört haben, melden sich nicht.

**DIE WUNDEN HEILEN NICHT.** Clément Wieilly wurde als Dreijähriger seiner Mutter entrissen und im Bürgerlichen Waisenhaus in Freiburg deponiert. Zwei Jahre später wurde er als Verdingkind an einen Bauern verschachert: Schwerstarbeit und Einsamkeit von morgens früh bis abends spät, tagtäglich, eine ganze Kindheit lang. Heute ist er 63 Jahre alt und gehört zu den wenigen ehemaligen Verdingkindern, die nicht gebrochen sind. Er gründete den Verein «Agir pour la dignité» (Handeln für die Menschenwürde), der Lebensberichte und Gesuche sammelt. Hunderte von Opfern haben Wieilly bisher geschrieben. Aber eben: immer noch viel zu wenige. Denn die Wunden sind nicht verheilt, und manche Opfer können dem erfahrenen Leid keinen Ausdruck verleihen. Versöhnung mit dem Verbrechen kann es nicht geben. Aber zu hoffen ist, dass bis zum Ende der Gesuchsfrist in wenigen Wochen so viele Zeugnisse wie möglich im Bundeshaus deponiert werden.

Kontakt für Opfer der administrativen Versorgung, die noch kein Gesuch gestellt haben: Agir pour la dignité, Clément Wieilly, Route des Combes 6, 1772 Ponthaux, Telefon 079 564 42 27.

**... Stars gegen sexuelle Belästiger**



Isabelle Huppert

Kate Hudson

Meryl Streep & Ai-jen Poo

Mary J. Blige

Gillian Anderson

FOTOS: KEYSTONE

# Wer profitiert von einer Abschaffung der SRG?

... und weitere brisante Fragen zur Abstimmung vom 4. März.

## Was will die No-Billag-Initiative?

Für einmal ist ein Initiativtext eindeutig und klar: Der SRG sollen 75 Prozent der Einnahmen entzogen werden. Die Verpflichtung zur ausgewogenen Berichterstattung in Radio und TV wird ersatzlos gestrichen. Auch die privaten Radio- und TV-Stationen erhalten keine öffentlichen Gelder mehr. Beschwerdemöglichkeiten gegen journalistische Fehlleistungen in Radio- und Fernsehprogrammen soll es nicht mehr geben. Die Konzessionen sollen versteigert werden. Das bedeutet nichts anderes, als dass diejenigen eine Konzession bekommen, die am meisten Geld auf den Tisch legen. Das Sendeangebot spielt dabei keine Rolle mehr (siehe Initiativtext).

## Wer steckt hinter No Billag?

Angestossen haben die No-Billag-Initiative zwei Handvoll Frauen und Männer aus den Jugendabteilungen von SVP und FDP. Doch die gerne erzählte Geschichte von den wilden Jungen, die ganz alleine die Anti-SRG-Initiative zustande gebracht hätten, stimmt nicht. Bereits ganz früh bekamen sie einen sechsstelligen Betrag von SVP-Autoimporteur und Milliardär Walter Frey: [rebrand.ly/freygeld](http://rebrand.ly/freygeld). Massiv unterstützt wurde No Billag auch vom Gewerbeverband, der seiner Zeitung Unterschriftenbögen beilegte, und selbstverständlich von der «Weltwoche», die dasselbe tat. Wer diese Kosten im Endeffekt übernommen hat, ist unbekannt.

## Was ist eigentlich Oliver Kessler für einer?

No-Billag-Initiant Oliver Kessler (Jahrgang 1986) hat eine gefestigte politische und berufliche Laufbahn am rechten Rand hinter sich – und er ist bestens vernetzt. Schon als Gymnasiast fiel er mit Aktivitäten am rechten Rand und in der Hooliganszene auf: unter anderem als Webmaster eines Onlineforums, in dem rassistische und gewaltverherrlichende Äusserungen an der Tagesordnung waren. Die SVP wird zu seiner Partei. 2008 wird er ihr kantonaler Parteisekretär. Nach einem kurzen Ausflug auf den Chefredakteurposten der rechtsnationalistischen «Schweizerzeit» von Ex-SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer amtiert er jetzt als Vize-Direktor des «Liberalen Instituts», eines wirtschaftsliberalen Think-Tanks, den es ohne grosszügige Unterstützung von Christoph Blocher kaum mehr gäbe. Gleichzeitig hat Kessler keine Berührungspunkte gegenüber dem verschwörungstheoretischen und antisemitischen Milieu.

## Ist die SRG ein Staatssender?

Nein. Die SRG ist kein Staatssender, sie ist streng genommen nicht einmal ein öffentlich-rechtlicher Sender, wie es zum Beispiel ARD und ZDF in Deutschland oder die britische BBC sind. Die SRG ist als privatrechtlicher Verein organisiert. Trotz den Gebühren und der Konzession vom Bund darf sich die Politik nicht in die redaktionelle Arbeit einmischen. Diese besondere Organisationsform ist historisch begründet: Am Anfang der heutigen SRG standen Bastler und Hobbyfunker, die 1931 ihre lokalen Radiogesellschaften zu einem nationalen Verbund zusammenschlossen. Alle können in der Schweiz SRG-Vereinsmitglied werden und über die Geschichte der SRG mitbestimmen. Übrigens: die Radio- und TV-Beiträge sind auch keine Steuer, sondern eine Gebühr.

## Kann die SRG ohne Gebühren existieren, wie die Befürworter behaupten?

Nein. Nach einem Ja am 4. März gibt es die SRG nicht mehr. Und das ist ja auch das Ziel der No-Billag-Initiative. Ebenso stehen die meisten privaten lokalen Radio- und TV-Sender vor dem Aus. Denn auch sie würden keine Gebührengelder mehr erhalten.

## Was ist vom Plan B der No-Billagler zu halten?

Die SRG könne auch ohne öffentliche Gelder bestehen bleiben, behaupten die No-Billag-Befürwortenden. In ihrem Plan B schlagen sie Finanzierung über Abo-Modelle und mehr Werbung im TV, neue Werbung im Radio und im Internet vor. Doch die Zahlen, die FDP-Nationalrat und Gewerbebandsdirektor Hans-Ulrich Bigler darin aufzählt, sind nicht bloss abenteuerlich, sondern schlicht falsch. Eines von vielen Beispielen: Bigler zählt Radiohörerinnen und TV-Zuschauer einfach doppelt, wenn es um Abos geht. Übrigens stammen Biglers Zahlen aus einer Kolumne der «Weltwoche», deren Autor über die Verwendung durch den Gewerbeverband «not amused» ist. Aber der Hauptgrund, warum der angebliche Plan B nicht aufgeht, ist die Initiative selbst: sie schliesst jegliche Unterstützung durch den Bund aus, was Bigler & Co. einfach mal unter den Tisch fallen lassen (siehe Verfassungstext).

**FREI ERFUNDEN.** Der Slogan «Ja zur SRG – No Billag Ja» aus dem unter Bigler zur Fälscherwerkstatt verkommenen Gewerbeverband ist eine Verdrehung der Tatsachen, wie sie in der politischen Auseinandersetzung der Schweiz zum Glück (noch) selten ist. Detailliert auseinandergenommen hat die Voodoo-Rechnung des Gewerbeverbandes der Medienfachmann Matthias Zehnder hier: [rebrand.ly/verrechnet](http://rebrand.ly/verrechnet).

## Warum hassen die Rechten die SRG?

Die SRG steht – wie die AHV – für alles, was den Neoliberalen nicht passt: für Service public, für öffentliche Infrastruktur, für solidarische Finanzierung, für demokratische Kontrolle – und für Geld, das nicht in ihre privaten Taschen fliesst. Der Kampf gegen die SRG hatte neben den ideologischen Gründen auch immer ökonomische.

## Wer würde von einem Ja profitieren?

Ökonomisch in erster Linie die privaten ausländischen TV-Sender – und ihre Schweizer Werbemärkte. Zum Beispiel die Goldbach-Gruppe, die seit kurzer Zeit dem Zürcher Medienkonzern TA-Media gehört. Bis vor kurzem stand bei Goldbach SVP-Nationalrätin und Anti-SRG-Lobbyistin Natalie Rickli auf der Lohnliste. Den ganzen Komplex hervorragend und detailliert aufgearbeitet hat SP-Nationalrätin Jacqueline Badran hier: [rebrand.ly/badran](http://rebrand.ly/badran). Politisch würden die rechten Milliardäre profitieren, die sich die Senderkonzessionen kaufen könnten, um ihre Propaganda journalistisch ungefiltert zu verbreiten. Die Dividende dafür wäre ökonomisch kaum berauschend, dafür aber politisch.

## Wie viele Jobs würde ein Ja vernichten?

Bei der SRG direkt wären 6000 Stellen betroffen. Dazu kommen Gewerbetreibende wie Grafikerinnen, freischaffende Kameraleute und Technikerinnen oder Firmen aus der Gastro- und Transportbranche, die ihre SRG-Aufträge verlieren würden. Vorsichtige Schätzungen gehen von über 14000 Stellen aus, die No Billag vernichten würde.

## Könnten wir Geld sparen?

Nein. Das Gegenteil ist richtig. Das ist keine leere Behauptung, sondern die Erfahrung aus allen Medienmärkten ohne oder mit schwachen Service-public-Medien – überall bezahlt man mehr für weniger. Und die politische Einflussnahme der Superreichen ist enorm; abschreckende Beispiele sind etwa die USA und Italien. Und bereits heute kann man in der Schweiz sehen, wohin es führt, wenn profitorientierte Private statt der SRG etwa Sportrechte «verwerten»: wer seit der laufenden Saison alle Spiele der obersten Schweizer Fussball- und Eishockeyligen sehen will, bezahlt rund 1700 Franken pro Jahr. Zum Vergleich: das vollständige Radio- und TV-Angebot der SRG kostet ab nächstem Jahr noch 365 Franken.

ZUSAMMENGESTELLT VON CLEMENS STUDER

# Das will No Billag mit dem Radio- und TV-Artikel unserer Verfassung anrichten: Was bleibt, ist ein Haufen Schrott

**1. Die Gesetzgebung über Radio und Fernsehen sowie über andere Formen der öffentlichen fernmeldetechnischen Verbreitung von Darbietungen und Informationen ist Sache des Bundes.**

**2. Radio und Fernsehen tragen zur Bildung und kulturellen Entfaltung, zur freien Meinungsbildung und zur Unterhaltung bei. Sie berücksichtigen die Besonderheiten des Landes und die Bedürfnisse der Kantone. Sie stellen die Ereignisse sachgerecht dar und bringen die Vielfalt der Ansichten angemessen zum Ausdruck.**

**2. Die Unabhängigkeit von Radio und Fernsehen sowie die Autonomie in der Programmgestaltung sind gewährleistet.**

**3. Auf die Stellung und die Aufgabe anderer Medien, vor allem der Presse, ist Rücksicht zu nehmen.**

**3. Der Bund versteigert regelmässig Konzessionen für neu Radio und Fernsehen.**

**4. Programmbeschwerden können einer unabhängigen Beschwerdeinstanz vorgelegt werden.**

**4. Er subventioniert keine Radio- und Fernsehstationen. Er kann Zahlungen zur Ausstrahlung von dringlichen amtlichen Mitteilungen tätigen.**

**5. Der Bund oder durch ihn beauftragte Dritte dürfen keine Empfangsgebühren erheben.**

**6. Der Bund betreibt in Friedenszeiten keine eigenen Radio- und Fernsehstationen.**

## WAS IN DER INITIATIVE STEHT UND WAS NICHT

### KLARTEXT

Die No-Billag-Initiative will die Verfassung ändern. Bei einem Ja zählt, was im Initiativtext steht – und nicht, was die Initiantinnen und Initianten jetzt alles versprechen und behaupten.

**Absatz 1** bleibt unverändert.

**Absatz 2:** Bei einem Ja hätte kein Medium mehr die Aufgabe, die Bevölkerung umfassend und ausgewogen zu informieren. Auch auf die Gleichbehandlung der Regionen müsste keine Rücksicht genommen werden. Kulturförderung, Minderheitenförderung oder Förderung von Menschen mit Seh- oder Hörbeeinträchtigungen gäbe es nicht mehr.

**Absatz 3:** Nur noch die Superreichen oder (internationale) Grosskonzerne könnten es sich leisten, Radio- und TV-Stationen zu betreiben.

**Absatz 4:** Der Bund darf keine Beiträge an Sender oder Sendungen leisten. Einzig quasi ein medialer Sirenenalarm wäre dem Bund noch erlaubt – auf privaten Kanälen, die nicht verpflichtet sind, in der ganzen Schweiz zu senden.

**Absatz 5:** Private dürfen Gebühren erheben. Die unabhängige Beschwerdeinstanz wird aus der Verfassung gestrichen.

**Absatz 6:** In Kriegszeiten müsste der Bund eine neue Medieninfrastruktur von Null auf neu aufbauen. (cs)

## ZUM WEITERLESEN

• [rebrand.ly/zehnder](http://rebrand.ly/zehnder)  
Der Journalist, Medienwissenschaftler und Autor Matthias Zehnder (u.a. Ex-Chefredaktor von «Coop-Zeitung» und «Basellandschaftliche Zeitung») verfolgt die No-Billag-Debatte mit profundem Sachkenntnis und liefert Fakten-Checks.

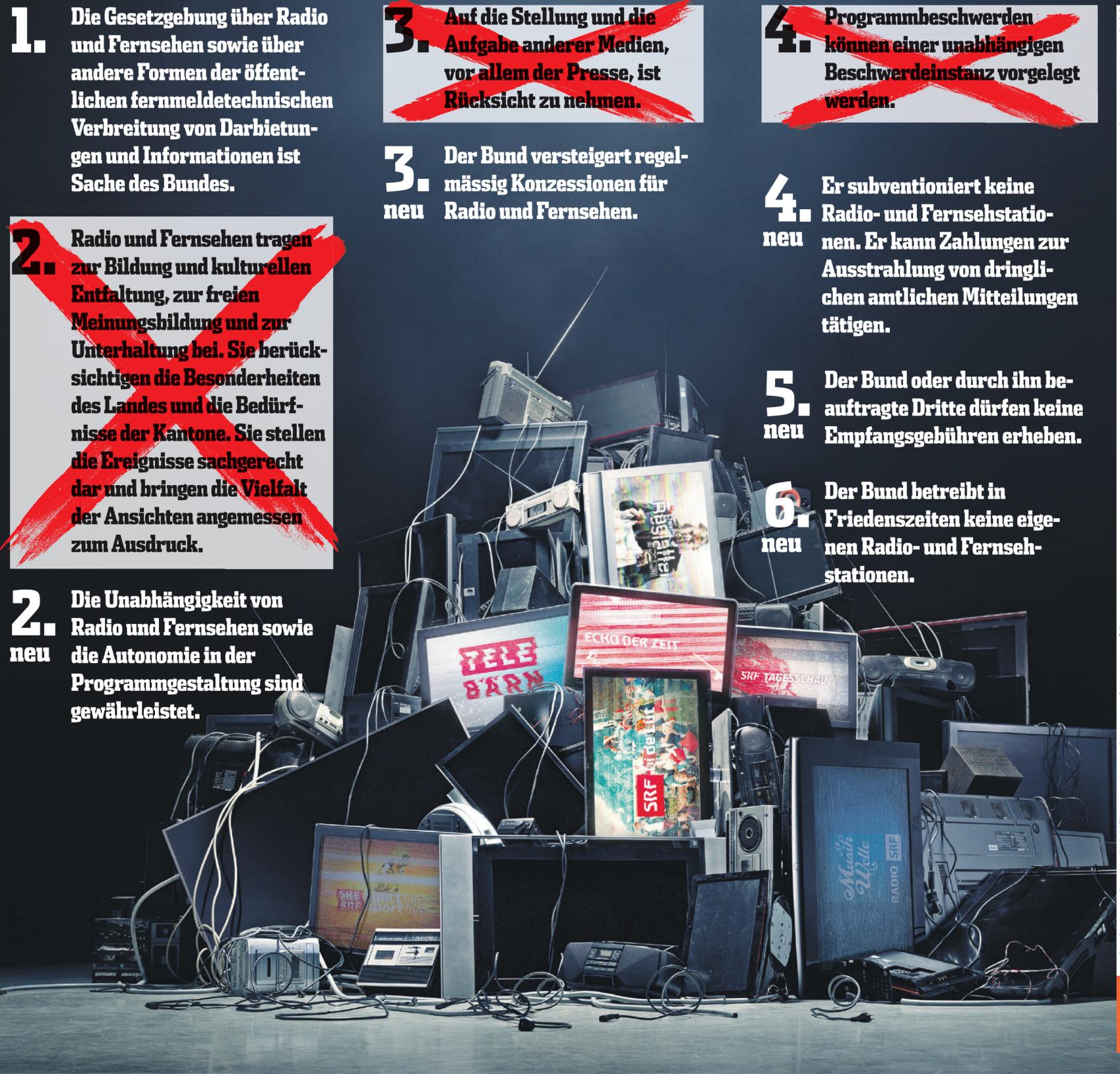
• [rebrand.ly/voigt](http://rebrand.ly/voigt)  
Watson-Gründer Hansi Voigt kolumniert seit neustem zu Medienthemen in der WOZ. Das hat Hand und Fuss und chiöppt und tätscht.

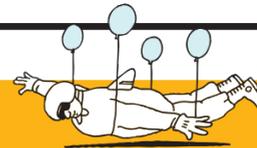
• [rebrand.ly/kontext](http://rebrand.ly/kontext)  
Studierende des Bachelor-Studiengangs «Cast / Audiovisual Media» der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) produzierten eine Website zur No-Billag-Initiative. Innovativ und informativ. Die Website bewarben sie mit einer Guerrilla-Projektion an den Swissmill-Tower, das zweithöchste Gebäude Zürichs.

• [rebrand.ly/no-sendeschluss](http://rebrand.ly/no-sendeschluss)  
Die geballte Ladung der Nein-Argumente des Komitees «Nein zum Sendeschluss», der grössten Vereinigung der No-Billag-Gegner.



PHOTO: KOMITEE NEIN ZUM SENDESCHLUSS





## Aus Schweden: Kopf-Airbag für Velofahrende

Wer von uns ist noch nie auf den Kopf gefallen? Früher war das verdammt schmerzlich und gefährlich. Heute schützen sich die meisten Velofahrer und Velofahrerinnen mit einem Helm. Genau wie jene, die mit Ski unterwegs sind.

Der deutsche Automobilclub ADAC und die Stiftung Warentest testen regelmässig und erst noch gemeinsam Velohelme verschiedener Hersteller. Die Unterschiede in Sachen Sicherheit, Komfort und Preise sind gross. Teste zwingen Hersteller, die weniger gut abschneiden, ihre Produkte zu verbessern. Leider haben Konsumentenschutzorganisationen in der Schweiz zu wenig Geld, um in Sachen Tests europäisch in einer der ersten Ligen zu spielen. Auch bei den Skihelmen sind wir Kundinnen und Kunden auf fremde Tests angewiesen. Weil ja niemand selber testen mag, was ein Helm trägt oder eben nicht.

**WIDERSTAND GEGEN AIRBAGS.** Einst liefen die Autonarren in der Schweiz politisch Sturm gegen Sicherheitsgurten und Airbags. In den Archiven der noch öffentlichen Fernsehanstalt SRG ruht das einschlägige Filmmaterial. Leider gibt es keine Sendung, die aufzeigt, was für Blödsinn die politische Rechte in den letzten vierzig Jahren verbreitet hat.

Zwischenfrage: Was geschieht mit den Archiven der SRG, wenn Jean-Michel Cina, Verwaltungsratspräsident der SRG, nach einem negativen Abstimmungsresultat die SRG – wie angekün-

digt – liquidiert? Werden die Archive an den Meistbietenden verhöckert?

Zurück in die Gegenwart. Die Schweden haben einen Airbag für Velofahrerköpfe entwickelt. Den Hövding. Unsere Ferndiagnose macht folgende Vor- und Nachteile aus:

**Pluspunkt 1:** Wer diese aufblasbare Halskrause trägt, bricht sich nicht mehr das Genick. Und es gibt bei Unfällen achtmal weniger Hirnerschütterungen als mit traditionellen Velohelmen.

**Pluspunkt 2:** Beim Velofahren kann der Wind wieder die Haare zerzausen.

**Pluspunkt 3:** Der aufblasbare Schweden-schal ist nur 650 Gramm schwer. Und erst noch in verschiedenen modischen Farben erhältlich.

**Pluspunkt 4:** Man und frau können das Kopftuch während des Velofahrens anbehalten. Ausser es wird – wie die Minarette – in der Schweiz verboten.

**Negativpunkt 1:** Der Name Hövding ist zumindest gewöhnungsbedürftig. Und autorisierte Händler gibt es auch keine in der Schweiz. Nur im Internet sind die Velo-Airbags erhältlich.

**Negativpunkt 2:** Es gibt leider (noch) keine Modelle für Kinder.

**Negativpunkt 3:** Man muss den Hövding mit Strom aufladen wie ein Handy. Nach neun Stunden Fahrzeit gibt er sonst den Geist auf.

**Negativpunkt 4:** Die aufblasbare Schwedenhaube eignet sich nicht für die wilden Mountainbiker. Die Erschütterungen sind auch beim sturzfreien Down-Hill-Rasen zu gross.

**Negativpunkt 5:** Der Preis ist happig. Nach einem Sturz muss man einen



**SO FUNKTIONIERT'S:** Der Hövding trägt sich wie ein Schal und bläst sich bei einem Sturz zu einem Airbag auf, der Nacken und Kopf schützt. FOTO: PD

neuen Airbag kaufen. Viele Fragen sind offen wie bei jeder Innovation: Kann das Produkt weiter verbessert werden? Sinkt der Preis von heute 300 Franken auf konkurrenzfähige 100 Franken? Eignet sich das Produkt früher oder später

auch für Skifahrerinnen und Skifahrer? Oder ist beim Hövding die Luft raus, bevor dieser Schwede kommerziell zum Fliegen kommt?

Hals- und Beinbruch im neuen Jahr wünscht Ihnen die Rosa Zukunft.

### LINKS ZUM THEMA:

● [rebrand.ly/halskrause](http://rebrand.ly/halskrause) Die Zeitschrift «Stern» hat den Hövding getestet. Die Halskrause funktioniert. Der Tester hofft auf sinkende Preise.

● [www.hovding.de](http://www.hovding.de) Der Hersteller soll bereits 30.000 seiner Airbags verkauft haben. Auf seiner Homepage sieht – wen erstaunt's – alles sehr rosig aus.

● [rebrand.ly/helmtest](http://rebrand.ly/helmtest) Der «Kassensturz» hat die Resultate der in Deutschland getesteten Velofahrerhelme zusammengefasst. Am besten schnitt der 99.90 Franken teure Helm Casco Activ 2 ab.

● [rebrand.ly/hueftairbag](http://rebrand.ly/hueftairbag) Kurz vor Torschluss wurde an der CES in Las Vegas, der weltgrössten Technologiemesse, ein Airbag für den Schutz der Hüfte alter Menschen vorgestellt.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

INSERAT

LEO BURNETT

**Jetzt kann man die WOZ auch lesen, ohne dass jemand merkt, dass man die WOZ liest.**



**WOZ DIE WOCHENZEITUNG  
NEU AUCH ALS APP.**

Gerhard Pfister, Präsident CVP Schweiz

Brisante britische Studie weist nach:

# Sparpolitik verantwortlich für 120 000 Todesfälle

Seit 2010 die britischen Konservativen an die Macht kamen, gibt es in England und Wales viel mehr Tote. Der Grund: die Budgetkürzungen im Gesundheitssektor.

RALPH HUG

Ärger hat die britische Premierministerin in den Brexit-Verhandlungen schon genug. Doch das setzt Theresa May zusätzlich zu: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler attestieren ihrer Politik tödliche Folgen. Es geht um die Sozial- und Gesundheitspolitik. Seit sieben Jahren setzt Mays konservative Regierung, die Tories, den Rotstift an. Sie kürzt brutal die Ausgaben fürs Gesundheitswesen, den National Health Service. Auch in der Krankenpflege baut sie Stellen ab. So entsteht ein Zweiklassen-Gesundheitssystem: ein lausiges für Normalsterbliche und ein gutes für die Zahlungskraftigen.

Das bleibt natürlich nicht ohne Folgen. Wissenschaftler der Universität Oxford und der London School of Hygiene and Tropical Medicine legen in einer Studie\* dar, dass die Sterblichkeitsrate in England und Wales nach Jahrzehnten des steten Rückgangs ab 2010 erstmals wieder angestiegen ist. Und zwar sprunghaft um 5,6 Prozent. Das kann kein Zufall sein, sagte sich Forscher Jonathan Watkins. Der spektakuläre Anstieg der Mortalität fällt nämlich genau mit dem Beginn der Abbaupolitik der Tories zusammen.

## BIS 200 000 TOTE MEHR

Das Wachstum der jährlichen Ausgaben für das Gesundheitswesen sank unter den Tories von 4 auf nur noch 1,3 Prozent. Inzwischen klafft ein immer grösseres Loch zwischen der Finanzierung und der Nachfrage. Denn die Bevölkerung wächst und



**BRUTALE SPARMASSNAHMEN:** Die konservative britische Regierung kürzt die Ausgaben im Gesundheitswesen und baut Stellen in der Krankenpflege ab – mit katastrophalen Folgen. FOTO: ALAMY/DE

altert, und die Behandlungen werden auch aufgrund des technischen Fort-

## «Es ist jetzt sehr klar: Sparmassnahmen fördern kein Wachstum.»

PROFESSOR LAWRENCE KING

schritts teurer. Unter den Kürzungen leiden insbesondere die Pflegeheime und die Spitex. Deren Ausgaben stiegen gewöhnlich um gut 3 Prozent pro Jahr. Seit die Tories am Ruder sind, sinken sie trotz steigender Nachfrage jährlich um rund 1,2 Prozent.

In den ersten vier Jahren der Tory-Regentschaft gab es laut Watkins 45 000 Todesfälle mehr, als ohne Budgetkürzungen zu erwarten gewesen wären. Bis heute sei die Sparpolitik mitverantwortlich für 120 000 Todesfälle. Der Forscher erwartet, dass die Zahl bis 2020 auf insgesamt

200 000 steigen könnte. Und zwar selbst bei einer verbesserten Finanzierung. Die Regierung May hat nämlich angekündigt, die Sparpolitik zu lockern. Sie will 1,6 Milliarden Franken mehr für den Pflegesektor ausgeben. Laut der Studie müsste sie aber über 31 Milliarden Franken aufwenden, um die Sterblichkeit wieder aufs Niveau von vor den Sparmassnahmen zu senken.

## ÖKONOMISCHER MORD

Die Studie erregte grosses Aufsehen. «Cuts kill!» titelten die Boulevardblätter. Was so viel heisst wie «Sparpolitik tötet!». Laut Mitautor Professor Lawrence King zeige die Studie den grossen Schaden auf, den die Abbaupolitik verursache. «Es ist jetzt sehr klar, dass Sparmassnahmen nicht Wachstum fördern oder Defizite reduzieren. Das ist einfach schlechte Wirtschaftspolitik und ein Desaster

fürs öffentliche Gesundheitswesen», kritisierte er in der renommierten Zeitung «The Independent». Und ging sogar noch weiter: «Es ist keine Übertreibung, von einem ökonomischen Mord zu sprechen.»

Regierungssprecher wiesen die Vorwürfe zurück: Die Studie liefere nur Vermutungen, aber keine handfesten Beweise. Doch die Zusammenhänge sind mit Daten belegt und offenkundig. Bisher hat einfach noch niemand die Folgen der unsozialen Politik so unverblümt benannt. Auffällig ist, dass die Studie im deutschen Sprachraum kaum beachtet wurde. Dabei bauen auch hier Regierungen die öffentlichen Leistungen ab. Mit wie vielen Toten?

\* Jonathan Watkins et al.: **Effects of health and social care spending constraints on mortality in England: a time trend analysis**, November 2017. Download der Studie unter [www.bmjopen.bmj.com](http://www.bmjopen.bmj.com)

## Neue SGB-Broschüre Wenn Arbeit krank macht

Was tun, wenn der Job krank macht? Die Devise heisst: möglichst früh reagieren! Wer zuwartet, riskiert Schlimmeres. Vor allem, wenn es sich um psychosoziale Belastungen handelt, die in Burnout und Depression münden können. Gerade solche Risiken nehmen im Zeitalter der Digitalisierung zu. Das zeigt die neue Broschüre des Gewerkschaftsbunds auf, die sich der Mitwirkung beim Gesundheitsschutz widmet. Gut zu wissen: Der Arbeitgeber ist für gesunde Arbeitsplätze verantwortlich. Diese Rechtspflicht ist nicht allen Chefs bewusst. Deshalb müssen Sie sie einfordern.



SGB-Broschüre **Wenn Arbeit krank macht:** Gratis-Download von der Website des Gewerkschaftsbunds [www.sgb.ch](http://www.sgb.ch)

## Oltner Tagung der Unia Wer sich kümmert

Ohne Pflege- und Betreuungsarbeit könnte eine Gesellschaft nicht existieren. Ein Grossteil davon ist unbezahlt – und wird von Frauen geleistet. Unter dem Titel «Wen kümmert's, wer sich kümmert?» veranstaltet die Unia am 17. Februar eine Diskussions- tagung für Vertrauensleute in Olten. Die meisten von uns sind persönlich betroffen. An der Tagung stehen der Austausch und die Probleme der Sorgearbeit im Zentrum, aber auch Lösungsvorschläge. Unia-Aktivistinnen aus dem Pflegebereich berichten von ihrem Widerstand gegen die Wirtschaftlichkeitszwänge in Spitälern und Pflegeheimen. Zudem stellt ein Vertreter der deutschen Gewerkschaft Verdi neue gewerkschaftliche Aufbauprojekte vor.

**Oltner Diskusstagung 2018,** Samstag, 17. Februar, 9.30–16.30 Uhr, Hotel Arte, Olten. Anmeldung bis 5. Februar: [ariane.chevalier@unia.ch](mailto:ariane.chevalier@unia.ch)

## Vortrag

## Über den Hass im Netz

Hetze und Hass dominieren die Sprache in den sozialen Medien. Das Netz ist zum Ort des Prangens, der Shitstorms und der Entmenschlichung geworden. Opfer



FOTO: ELIS KÜÇÜK

sind oft Frauen. **Kübra Gümüşay**, deutsche Muslimin und Feministin, stellt hinter diesem Phänomen eine rechtspopulistische Agenda fest. Sie hat deren Methoden untersucht und zeigt auf, wie gesellschaftspolitische Debatten verkümmern, weil sich viele angewidert zurückziehen. Gümüşay ruft zum kreativen Widerstand gegen den allgegenwärtigen «Bullshit» im Internet auf.

Vortrag **Wie wir reden in Zeiten von Rechtspopulismus und Digitalisierung**, Montag, 22. Januar, 20 Uhr, im neuen Zürcher Kulturzentrum Kosmos, Lagerstrasse 102 (beim HB). Eintritt frei.

## work1xl der wirtschaft

David Gallusser



## INNOVATIONEN: OHNE STAAT HÄTTEN WIR KEIN IPHONE

Andauernd reden die Bürgerlichen den öffentlichen Sektor schlecht. Mit seinen Steuern und Regulierungen verhindere der Staat Wachstum und Innovation, lautet der Vorwurf. Die amerikanisch-italienische Ökonomin Mariana Mazzucato zeigt, dass es sich aber gerade andersrum verhält: Verfügt die öffentliche Hand über genügend (Steuer-)Einnahmen, kann sie für Innovation und künftigen Wohlstand sorgen. Erstens kann ein gut finanzierter Staat mit Schulen und Universitäten die Fachkräfte und die Grundlagenforschung hervorbringen, die es für Innovation in den privaten Unternehmen braucht. Zweitens kann der Staat technologischem Fortschritt unmittelbar zum Durchbruch verhelfen. Private alleine können das oft nicht. Sie erwarten schnelle Renditen und scheuen das Entwicklungsrisiko.

**FORSCHEN.** Der Staat hingegen muss keine Rendite erwirtschaften und kann auch grössere Verluste wegstecken.

Deshalb ist er in der Lage, in die langwierige und höchst unsichere Entwicklung neuer Technologien zu investieren. Wie wichtig der Staat für Innovation ist, zeigt sich am iPhone. Apples Erfolgsprodukt wäre ohne staatliche Investitionen nicht möglich gewesen. Sie haben die Entwicklung zahlreicher Technologien vorangetrieben, auf denen das Smartphone beruht (vgl. Grafik).

**INVESTIEREN.** Ein Beispiel sind die Mikroprozessoren. Diese wurden in staatlich finanzierten Forschungseinrichtungen entwickelt und haben dank den Raketen-Programmen des US-Militärs und der Raumfahrtbehörde Nasa die Marktreife erreicht. Darüber hinaus wurde Apple selbst unterstützt: bei der Unternehmensgründung mit Kapital eines Förderprogramms für innovative KMU und danach mit öffentlichen Aufträgen und reduzierten Steuern. Wie das Smartphone sind auch neue Medikamente, Nanotechnologie

## Hier überall stecken Steuergelder im Smartphone

Die Tabelle zeigt staatliche Institutionen, die Schlüsseltechnologien des iPhones entwickelt haben. (DoD = US-Verteidigungsministerium)

Technologie	Entwickelt durch
DRAM (Arbeitsspeicher)	DoD (DARPA)
Micro Harddisk	US-Energieministerium / DoD (DARPA)
Lithiumionen-Batterien	US-Energieministerium
Digit. Signalübertragung	DoD (Army Research)
LCD	DoD, National Science Foundation, National Institute of Health
Touchscreen	US-Energieministerium, CIA, National Science Foundation, DoD
Mikroprozessor	DoD (DARPA)
Handynetz	DoD (US-Militär)
Internet	DoD (DARPA)
HTTP/HTML	CERN
SIRI	DoD (DARPA)
GPS	DoD (US-Navy)

QUELLE: MAZZUCATO (2015:116)

oder die Energiewende mit massiven Entwicklungskosten verbunden, die Private alleine nicht tragen können oder wollen. Jüngstes Beispiel dafür ist der Pharmariese Pfizer, der sich aus der Alzheimer- und Parkinson-

forschung zurückgezogen hat. Ein gut finanzierter Staat, der Innovation fördert, ist deshalb für den technologischen Fortschritt unerlässlich.

David Gallusser ist Ökonom und Unia-Mitglied.



**Das offene Ohr**  
Myriam Muff von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Der Pensionskassenausweis: Eine Überprüfung lohnt sich

# So nehmen Sie Ihren Ausweis unter die Lupe



FOTO: ISTOCK

**Alle Jahre wieder flattert der Pensionskassenausweis ins Haus. Was wie Fachchinesisch und Zahlensalat aussieht, ist gar nicht so schwer zu verstehen. So geht es:**

SINA BÜHLER

Monat für Monat werden Ihnen die Pensionskassenbeiträge vom Lohn abgezogen. Sie können regelmässig überprüfen, was mit diesem Geld passiert. Auf dem Pensionskassenausweis nämlich, den Sie jeweils zu Beginn des Jahres erhalten. Dort finden Sie Informationen zu Ihren Ersparnissen und Ihrer Rente. Es lohnt sich, dieses Dokument zu lesen und zu überprüfen.

**1 Personaldaten**  
Überprüfen Sie, ob Name, Geburtsdatum, AHV-Nummer und Zivilstand stimmen. Ausserdem muss das Datum des Eintritts in die Pensionskasse (PK) mit Ihrem Arbeitsantritt in der Firma übereinstimmen.

**2 Bruttojahreslohn**  
Grundsätzlich sollte der Jahreslohn bei der Pensionskasse derselbe wie der auf Ihrem Lohnausweis sein. Ist es nicht so? Dann verlangen Sie von Ihrem Arbeitgeber das Reglement der PK. Eine Pensionskasse kann nämlich festlegen, dass Gratifikationen, Boni oder gar der Dreizehnte nicht zum Bruttojahreslohn gerechnet werden. Kontrollieren Sie auch, ob Ihr Beschäftigungsgrad stimmt.

**3 Versicherter Jahreslohn**  
Nur ein Teil Ihres Lohnes ist in der Pensionskasse versichert. Die Versicherung kann den sogenannten Koordinationsabzug abziehen, da er schon bei der AHV versichert ist. 2018 liegt er bei 24675 Franken und entspricht der maximalen AHV-Rente. Der Lohn, der darüber liegt, wird bis zu mindestens 84600 Franken in der zweiten Säule versichert. Ihre PK kann aber grosszügiger sein und auch Löhne unter oder über den Minimalleistungen «überobligatorisch» versichern.

1 Personaldaten			
Name und Vorname	Muster Heinz	Eintritt	01.10.2016
AHV-Nummer	756.2548.2546.21	Rücktrittsalter	65
Geburtsdatum	01.01.1970	Beschäftigungsgrad	100%
Verheiratet	ja	Heiratsdatum	11.11.2011

Lohndaten			
2 Bruttojahreslohn	CHF	78000.—	
3 Versicherter Jahreslohn	CHF	53325.—	

## Versicherte Leistungen Altersleistungen im ordentlichen Rücktrittsalter am 01.02.2035

4 Budgetiertes Altersguthaben	projiziert mit 1,5% Zins	CHF	270685.00
5 Projiziertes Altersguthaben ohne Zins		CHF	229513.00
6 Budgetierte jährliche Altersrente	Umwandlungssatz 6,2%	CHF	16782.45
7 Budgetierte jährliche Pensionierten-Kinderrente je Kind	20% der Altersrente	CHF	3356.50

7 Leistungen im Todesfall			
Jährliche PartnerInnenrente	3,72% des projizierten Altersguthabens	CHF	8537.90
Jährliche Waisenrente je Kind	1,24% des projizierten Altersguthabens	CHF	2845.95

8 Leistungen bei Invalidity			
Jährliche Invalidenrente	40% des Brutto-Jahreslohns	CHF	31200.00
Jährliche Invaliden-Kinderrente je Kind	1,24% des projizierten Altersguthabens	CHF	2845.95

9 Finanzierung				
	mtl. Sparbeitrag	mtl. Risikobeitrag	mtl. Verwaltungskosten	Total
Arbeitnehmende	CHF 333.30	CHF 60.95	CHF 23.65	CHF 417.90
Arbeitgebende	CHF 333.30	CHF 60.95	CHF 23.65	CHF 417.90
Sparbeitrag laufendes Jahr 2017	15% des versicherten Jahreslohns		CHF	7999.20
Risikobeitrag laufendes Jahr 2017			CHF	1462.80
Verwaltungskostenbeitrag laufendes Jahr 2017			CHF	567.60
Gesamtbeitrag laufendes Jahr 2017			CHF	10029.60

10 Total Altersguthaben am 01.01.2017	CHF	67172.10
davon Altersguthaben gemäss BVG	CHF	32085.75
11 Maximale Einkaufssumme	CHF	62580.00

QUELLE: NEST-SAMMELSTIFTUNG

**Unfall: Zahlt die Versicherung den Zahnschaden?**

Wir haben auf der Arbeit einen Dreikönigskuchen gegessen. Ich habe herzhaft in mein Stück und direkt auf den König gebissen. Dabei ist mir ein Stück Zahn abgebrochen. Kommt die Unfallversicherung für den Zahnschaden auf?

**MYRIAM MUFF:** Nein. Gemäss Art. 4 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) gilt als Unfall die plötzliche, nicht beabsichtigte und schädigende Einwirkung eines ungewöhnlichen äusseren Faktors auf den menschlichen Körper.



**KÖNIGLICHER SCHADEN:** Wenn beim Biss auf den König der Zahn abbricht, gilt dies nicht als Unfall. FOTO: FOTOLIA

Wenn ein Zahn abbricht, ist die Voraussetzung des ungewöhnlichen Faktors nur dann gegeben, wenn der harte Gegenstand, auf den man beisst, den Rahmen des Alltäglichen überschreitet. Gehört der Gegenstand jedoch ins betreffende Essen, wie etwa die Körner im Fünfkornbrot oder die Salzkörner auf der Salzbrezel, ist diese Voraussetzung nicht gegeben. Gleich verhält es sich mit dem König im Dreikönigskuchen: Weil der König zum Dreikönigskuchen gehört, mussten Sie damit rechnen, möglicherweise auf den König zu beiszen. Deshalb ist das Abbrechen Ihres Zahnes nicht als Unfall zu qualifizieren, da die Ursache keine Einwirkung eines «ungewöhnlichen äusseren Faktors» war. Anders wäre es, wenn Sie auf einen Fremdkörper gebissen hätten, der nicht ins Gebäck gehört wie zum Beispiel ein Stein oder eine Nusschale.

**Ausstehender Lohn: Kann ich die Arbeit niederlegen?**

Gemäss meinem Arbeitsvertrag schuldet mir mein Arbeitgeber den Lohn auf Monatsende. Obwohl ich schon letztes Jahr diverse Male den Lohn verspätet erhalten habe, ist bis heute der Dezemberlohn ausstehend. Ich habe gehört, dass man bei Lohnausstand die Arbeit niederlegen könne und gleichwohl den Lohn zugute habe. Stimmt das?

**MYRIAM MUFF:** Ja. Gemäss Rechtsprechung des Bundesgerichts kann die Arbeit grundsätzlich verweigert werden, wenn der Arbeitgeber mit der Lohnzahlung im Rückstand ist. Dabei bleibt der Lohnanspruch weiterhin erhalten, ohne dass der Arbeitnehmer zur Nachleistung der Arbeit verpflichtet ist. Vor-sicht ist allerdings geboten, wenn es nur um geringfügige Beträge geht (beispielsweise unter 200 Franken). In einem solchen Fall besteht die Gefahr, dass das Gericht das Arbeitsverweigerungsrecht nachträglich nicht gewährt wird. Bevor Sie jedoch die Arbeit aussetzen, sollten Sie den Arbeitgeber unbedingt mindestens einmal schriftlich mahnen und ihm eine Zahlungsfrist von drei bis fünf Tagen geben. Zudem sollten Sie dem Arbeitgeber ankündigen, dass Sie nach Ablauf der Frist die Arbeit niederlegen werden.



**KOPFÜBER IM SCHNEE:** Meistens übernimmt die Unfallversicherung des Arbeitgebers die Kosten eines Skiunfalls – aber nicht immer. FOTO: FOTOLIA

**Sturz auf der Piste, Knie kaputt  
Wer übernimmt**

Die Koffer sind gepackt, Sie sind bereit für die Skiferien. Aber: Wissen Sie, wer bezahlt, sollten Sie auf der Skipiste einen Unfall haben?

SINA BÜHLER

Die Sonne scheint vom Himmel, die Bäume biegen sich unter den Schneemassen, und Sie geniessen die letzte Abfahrt des Tages auf Ihrem Ski. Doch plötzlich verlieren Sie das Gleichgewicht und stürzen im steilsten Hang. Als Sie wieder aufstehen wollen, schmerzt Ihr Knie so stark, dass Sie es nicht mehr belasten können. Der Rettungsdienst bringt Sie direkt ins Spital. Die Diagnose: das Kreuzband ist gerissen. Es handelt sich klar um einen Freizeit-

unfall, dennoch müssen Sie den Vorfall Ihrem Arbeitgeber melden. Denn als Angestellte oder Angestellter sind Sie nicht nur gegen Berufsunfälle versichert, sondern auch gegen Nichtberufsunfälle. Diese Versicherung ist vom Unfallversi-

**Ein Unfall auf dem Arbeitsweg gilt als Berufsunfall.**

cherungsgesetz (UVG) vorgeschrieben. Sie gilt sowohl für Teilzeitangestellte wie auch für Lernende, für Praktikantinnen und Heimarbeitende.

**UNFALLDECKUNG.** Die Unfalldeckung startet am ersten Arbeitstag in Ihrem neuen Job – und

**die Kosten des Unfalls?**

zwar ab jenem Moment, in dem Sie Ihre Wohnung verlassen und sich auf den Arbeitsweg machen. Verunfallen Sie auf dem Arbeitsweg, gilt das nämlich als Berufsunfall. So ist das auch während Pausen, Geschäftsreisen, Betriebsausflügen und Weiterbildungen.

**KLEINSTPENSEN.** Aber: Wenn Sie weniger als acht Stunden in der Woche bei einem Betrieb arbeiten – beispielsweise als Reinigungskraft in einem Privathaushalt oder als Mittagsablösung –, so muss Ihr Arbeitgeber Sie nur gegen Berufsunfälle versichern.

Nichtberufsunfälle sind hingegen Ihre eigene Sache, das heisst, Sie müssen selber eine Unfallversicherung abschlies-

sen. Das können Sie bei Ihrer Krankenkasse tun. Erwerbslose, Pensionierte, Selbständige, Kinder und Studierende müssen **Kinder sind über die Krankenkasse unfallversichert.**

sich ebenfalls über die Krankenkasse unfallversichern. Diese Versicherung ist obligatorisch. **KOSTENBETEILIGUNG.** Doch Achtung: Für Personen, die sich selber versichern müssen, gilt nicht das Unfallversicherungsgesetz (UVG), sondern das Krankenversicherungsgesetz (KVG). Das ist deshalb relevant, weil es Auswirkungen auf Ihre Beteiligung an den Kosten hat. Sind

Sie über die Krankenkasse unfallversichert, so müssen Sie sich an den Behandlungskosten beteiligen. Die Kasse zahlt die Rechnungen erst, wenn die Franchise erreicht und der Selbstbehalt abgezogen ist. Also genau wie dies bei einer Krankheit der Fall ist. Angestellte, die mehr als acht Stunden pro Woche arbeiten, müssen sich hingegen gar nicht an den Unfallkosten beteiligen.

Falls Sie mehrere Teilzeitstellen haben, an denen Sie mehr als acht Stunden pro Woche arbeiten, fragen Sie sich vielleicht, wo Sie den Unfall melden müssen. Die Antwort: Die Unfalldeckung läuft über den Betrieb, in dem Sie als letztes vor Ihrem Unfall gearbeitet haben.

## 100-JAHR-JUBILÄUM UNFALL-PRÄVENTION

Rund zwei Drittel der Schweizer Arbeitnehmenden sind über die Suva gegen Berufsunfälle versichert. Dieses Jahr wird die Versicherung schon hundert Jahre alt. Bekannt ist sie auch für ihre Präventionskampagnen – gegen Unfälle auf dem Bau oder beim Sport. Mehr dazu finden Sie auf ihrer Website unter [rebrand.ly/suva](http://rebrand.ly/suva).

MOVENDO-KURS

**REICHT IHRE RENTE?**

Es ist der beliebteste Movendo-Kurs aller Zeiten: «Rentenplanung: Wie viel Einkommen habe ich im Alter?». Beim Bildungsinstitut der Gewerkschaften Movendo erfahren Sie, wie Sie Ihre Pensionierung planen und vor allem budgetieren können. Einige Tipps aus dem Kurs: **● Lassen Sie Ihre AHV-Rente berechnen:** Die Höhe der Rente aus der ersten Säule setzt sich aus den Beitragsjahren und dem Durchschnittseinkommen (sprich Lohn und allfälligen Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften) zusammen. Auch Ihr Zivilstand spielt eine Rolle. Die maximale Rente für Ehepaare ist nur eineinhalb Mal so hoch wie eine maximale Einzelrente. Wenn Sie bei Ihrer kantonalen Ausgleichskasse oder auf [www.ahv.ch](http://www.ahv.ch) einen «Antrag für eine Rentenvorausberechnung» stellen, bekommen Sie eine Vorbereitung der Rente. Beim ersten Mal ist diese Auskunft gratis, ebenso, wenn nach einer ersten Berechnung schon fünf Jahre verstrichen sind. **● Einzahlungen in die gebundene Vorsorge (Säule 3a) bis zu maximal CHF 6769** können Sie von den Steuern abziehen. Diese Steuer wird allerdings fällig, sobald Sie das Kapital beziehen. Die dritte Säule ist keine Sozialversicherung wie die erste oder die zweite Säule, sondern eine private Vorsorge für jene, die sich Sparen leisten können. **● Planen Sie frühzeitig:** Melden Sie sich etwa fünf bis sechs Monate vor Ihrer Pensionierung bei der AHV-Ausgleichskasse an. **● Beantragen Sie Ergänzungsleistungen:** Wenn die Rente aus AHV und Pensionskasse und allenfalls Ihr Vermögen nicht zum Leben ausreichen, haben Sie Anspruch auf Ergänzungsleistungen (EL). Diese haben nichts mit der Sozialhilfe zu tun, sondern sind im Gesetz vorgesehene Leistungen. Pro Senectute ([www.prosenectute.ch](http://www.prosenectute.ch)) hilft bei der Berechnung Ihres EL-Anspruchs.

## WORKTIPP

### GUT VORBEREITET IN DIE PENSIONIERUNG

Der Movendo-Kurs zur Renten-vorbereitung (siehe Spalte) ist für Gewerkschaftsmitglieder kostenlos. Anmelden können Sie sich unter [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch) oder unter der Nummer 031 370 00 70. Melden Sie sich frühzeitig an, der Kurs ist sehr beliebt und daher immer schnell ausgebucht.

ab: Hier gibt es keine Vorschriften. Jedesmal, wenn Sie die Arbeitsstelle wechseln, nehmen Sie Ihre PK-Ersparnisse mit zur Pensionskasse des neuen Arbeitgebers. Dies nennt sich Freizügigkeitsleistung. Bei einem Wechsel im vergangenen Jahr muss die Überweisung an dieser Stelle aufgeführt sein.

## 11 Einkauf

Falls Sie zusätzlich für das Alter sparen oder allfällige Vorsorgegütern (beispielsweise, weil Sie nicht oder nur Teilzeit gearbeitet haben) anschliessen wollen, können Sie sich «einkaufen». Die maximal mögliche Einkaufssumme wird so berechnet: Die PK rechnet aus, wie hoch Ihr Guthaben heute wäre, wenn Sie immer bei ihr versichert gewesen wären. Davon zieht Sie Ihren tatsächlichen PK-Kontostand ab. Mit einem Einkauf erhöhen Sie Ihre künftige Rente.

## saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

**Zusatzgeräte: So rüsten Sie Ihren Laptop auf**

Wenn am tragbaren Computer Anschlüsse fehlen oder der Akku schwach ist, braucht es kein neues Gerät. Diese Zusatzgeräte helfen:



**ZUSÄTZLICHE USB-BUCHSEN:** Wenn die USB-Steckplätze am Laptop nicht ausreichen, können Sie einen «USB-Hub» kaufen. Das ist eine Steckerleiste mit weiteren USB-Buchsen. Kosten: ab rund 10 Franken.

nen Sie einen «USB-Hub» kaufen. Das ist eine Steckerleiste mit weiteren USB-Buchsen. Kosten: ab rund 10 Franken.



**Mit einer kleinen Investition wird der Laptop wieder fit.**



**DRUCKER:** Wer einen alten Drucker anschliessen will, braucht oft einen sogenannten parallelen Anschluss. Auch dafür gibt es Adapter zur USB-Buchse. Kosten: rund 15 Franken.

**EXTERNER AKKU:** Mit einem externen, mobilen Akku («Powerbank») können Sie den eingebauten Akku unterwegs aufladen. Die Spannung der Powerbank muss zum Laptop passen. Manche Laptops benötigen 19 Volt, andere 16 oder 20 Volt. Dies ist auf dem Netzgerät des Laptops vermerkt. Die Kapazität sollte mindestens 20000 Milliampèrestunden (mAh) betragen, damit der Laptop mehrmals geladen werden kann. Nachteil: Diese Akkus sind bis über ein Kilo schwer. Kosten: ab rund 70 Franken. MARC MAIR-NACK



FOTOS: ZVG

**Caritas-Kulturlegi  
Kultur für alle**

Dank der Kulturlegi der Caritas können Sie trotz finanziellen Schwierigkeiten Kultur geniessen.

Wenn Ihr Einkommen knapp ist und kaum zum Überleben reicht, verzichten Sie vermutlich als erstes auf Kultur. Sie sparen bei Büchern, Zeitungen und Zeitschriften, Sie gehen nicht zum Sport, Sie verschieben Bildungspläne. Das muss nicht sein.



**RABATTKARTE.** Damit auch Menschen mit einem bescheidenen Budget von Freizeitangeboten profitieren können, gibt es die Kulturlegi der Caritas. Sie ist eine Rabattkarte für über 2500 Partnerorganisationen. Wenn Sie am Existenzminimum

leben, können Sie auf der Website [www.kulturlegi.ch](http://www.kulturlegi.ch) eine persönliche Karte beantragen. Wer von der Sozialhilfe abhängig ist, Ergänzungsleistungen zu AHV oder IV erhält, Anspruch auf Studienstipendien hat oder auf eine andere Art sein knappes Einkommen nachweisen kann, erfüllt die Bedingungen. Damit kommen Sie günstiger in den Zoo, in Museen, an Konzerte und ins Theater. Sie erhalten einen Rabatt auf Zeitungs- und Zeitschriftenabos, können vergünstigt Gesundheits- und Fitnessangebote nutzen und billiger Sprachkurse besuchen. Ausserdem ermöglicht Ihnen die Legi, günstig in den Caritas-Märkten einzukaufen. Der Rabatt beträgt mindestens 30 Prozent. (sib)

**work**rätsel

Gewinnen Sie eine Auszeit für 2 Personen!



Eine traumhafte Aussicht auf den Eiger, genussreiches Essen und der Sole-Whirlpool im Garten: nur einige der Highlights im Hotel Belvedere für unvergessliche Ferien in Grindelwald BE.

[www.belvedere-grindelwald.ch](http://www.belvedere-grindelwald.ch)

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 21  
Das Lösungswort lautet: **UEBERRASCHUNG**



DEN PREIS, ein Huawei-Handy von Swisscom, hat gewonnen: Mikael Schärer, Zürich.  
Herzlichen Glückwunsch!

work über den Minister (21/12)	(politische) Anhörung	oval geformte Masse (z.B. Brot)	herrschaftliches Haus	man nennt ihn auch Dachshund	Religionsunterricht f. Schüler	Töfffahrer tragen einen	grosser Säuger im Wasser	delikates Handwerk auf d. Bau	kleinliche Quälerei	kurzer Donnerstag	Ausdruck des Schmerzes
12				Fussballclub einer brit. Stadt		11		gepolstertes Sitzmöbel			
man benötigt es auch für Omelette		zwischen Wasser und Land	Kürzel f. schnellste Zugattung		Techniker von Fachhochschule		Kürzel f. amerik. Grossstadt	schneefrei	winziges Teilchen	selten	10
				Rosa Zukunft über den Schutz				berühmte Wüste			
letztes Editorial über ... rasa	Firma, kurz		chines. Familienname	unbestimmter Artikel		schmaler Weg	Schweizer Grapefruitgetränk (Marke)				Verabredung, wie es heute heisst
franz.: Insel			Ausfuhrsperre	1	winziges, eckiges Insekt	es bestimmt Positionen (z.B. Auto)		Bestmarke			
Autokennzeichen v. Weinfelden	zum Pflücken geeignet				so nennen wir teils Schiedsrichter		Endo an diese Leuthard	Datenspeicher			diese Frank und ihr Tagebuch
	transparent und zerbrechlich	zwei als röm. Ziffer	Internetadresse v. Bhutan		Spezialist für den Bau des Körpers	9		der Monsieur als Ausbeuter (work)	bevölkerungsreichstes Land Afrikas		5
David ritzt ihn (work 21/17)	Primat aus Südostasien				ein Personalausweis		Scheichtum	beliebte Pastasorte			
				von ihm zum Paulus	jener Capone, Mafiaboss		eiförmige behaarte Frucht		im Notfall, kurz		Pension
breite Nudeln in Schichten	Lebkuchengewürz	es ist nur fast eine Arche	Technik: längliche Vertiefung (mit e)	kleiner Behälter				Berg in Berner Alpen			
					Schwur		Top-Level-Domain v. Guatemala	chem. Zeichen v. Iridium	dort oben in den Bergen		kurzer Oktober
8											
apart, elegant: umgekehrt	festgelegte Strecke				best. franz. Artikel, männl.	nun gibt's auch den für Tankstellen		Ort im westl. Wallis			
			franz. Autorin (Karine)			Autokennzeichen v. Biasca		strafbare Handlung			
13											
...-Ammann, der Chabis-Minister							grosser Eingang		er ist bei Taufe dabei		

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch)  
Einsendeschluss 26. Januar 2018

INSERAT

# Rückerstattung der Solidaritätsbeiträge in der Maschinenindustrie

Alle Unia-Mitglieder, die in einer dem GAV MEM angeschlossenen Vertragsfirma beschäftigt sind, erhalten auch für das Jahr 2017 von ihrem Arbeitgeber den «Ausweis Solidaritätsbeiträge» ausgehändigt.

Dieser wird in den meisten Firmen der Lohnabrechnung von Januar oder Februar beigelegt. Ist dies nicht der Fall, kann der Beleg auf dem Personalbüro bezogen werden.

Bei diesem Dokument handelt es sich um ein «Wertpapier» das bestätigt, dass für das Jahr 2017 der Solidaritätsbeitrag von Fr. 60.- vom Lohn abgezogen wurde.

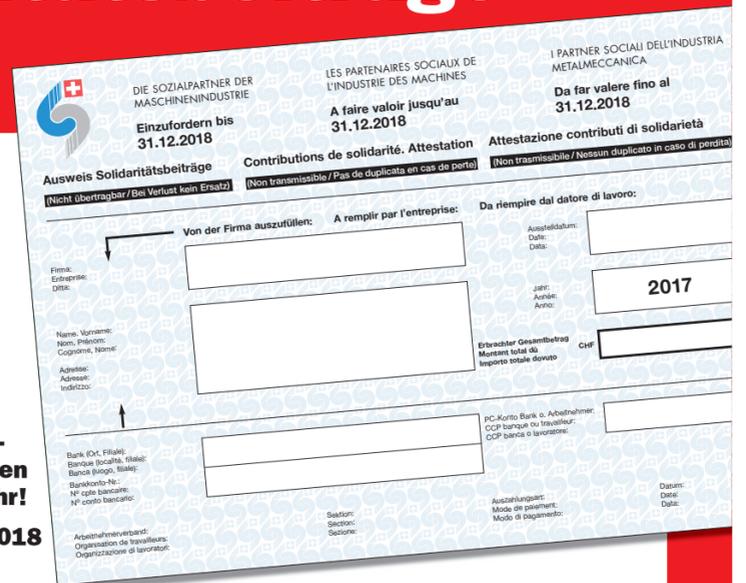
Unia-Mitglieder, die während des ganzen Jahres Mitglied sind und in einer dem GAV MEM angeschlossenen Firma gearbeitet haben, erhalten eine Rückerstattung von

**Fr. 200.-**

- Bei Verlust des persönlichen «Ausweises Solidaritätsbeiträge» gibt es keinen Ersatz, d.h. keine Rückerstattung mehr!
- Bitte Ausweis bis spätestens 31.12.2018 einlösen!

Alle Unia-Mitglieder können den «Ausweis Solidaritätsbeiträge» persönlich auf dem für sie zuständigen Unia-Sekretariat abgeben oder per Post zustellen (unbedingt Postscheck- oder Bankkonto angeben).

Bei Problemen in dieser Angelegenheit bitten wir alle Kolleginnen und Kollegen, sich umgehend beim zuständigen Sekretariat ihrer Unia-Region/Sektion oder beim Unia-Zentralsekretariat in Bern zu melden.



**UNIA**

**WORKLESERFOTO**



**Bezaubernde Brandung**

**WANN** 31. Dezember 2017  
**WO** Burgdorf  
**WAS** Emme bei Burgdorf  
**Eingesandt von Alfred Winkler, Burgdorf BE**

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

**Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto:** Wenn es abgedruckt wird, **gewinnen Sie 100 Franken!** Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.  
**Senden an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), Betreff «Leserfoto»**

**workquiz**



**Wie gut sind Sie?**



**1. US-Präsident**  
 Was ist Trump nicht?  
 a) ein Rassist?  
 b) ein Sexist?  
 c) ein Kapitalist?  
 d) ein Shithole?

**2. Auslagerungen**

Welche Firma will 150 Genfer Jobs nach Polen verlagern?  
 a) ABB?  
 b) BCC?  
 c) CDD?  
 d) SBB?

**3. Landesstreik**

Wer ist mit Blochers Deutung völlig einverstanden?  
 a) die Salafisten?  
 b) die Satanisten?  
 c) die Salatisten?  
 d) die Stalinisten?



**4. Pensionskasse**

Was steht auf Ihrem Ausweis?  
 a) Hä?  
 b) Äxgüsi?  
 c) Ich habe die Seiten 12–13 gelesen  
 d) Sorry?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: c, d, a, b

INSERTATE



Der Verband des Personals öffentlicher Dienste ist die Gewerkschaft des Service public für Angestellte bei Bund, Kantonen, Gemeinden und Privatunternehmen.

Sind Sie bereit, sich engagiert und professionell für die Anliegen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Bereich Luftverkehr einzusetzen?

Infolge Pensionierung des bisherigen Stelleninhabers suchen wir per **1. April 2018** oder nach Vereinbarung für die Sektion Luftverkehr des VPOD eine/-n

**Regionalsekretär/-in (80–100%)**

- Sie leiten die VPOD-Sektion Luftverkehr in allen operativen Belangen und organisieren die ehrenamtlichen Organe.
- Sie führen die Verhandlungen mit verschiedenen Arbeitgebern an den Flughäfen Zürich und Basel über Gesamtarbeitsverträge, Lohnentwicklungen, Sozialpläne, Pensionskassen usw.
- Sie beraten und betreuen Einzelmitglieder, Personalkommissionsmitglieder und Betriebsgruppen der VPOD-Sektion Luftverkehr, planen und führen Kampagnen, engagieren sich in der Mitgliederwerbung und nehmen Einsitz in diversen Gremien.

Sie bringen mit:

- vorzugsweise Abschluss auf tertiärem Niveau und/oder Erfahrung in der Gewerkschaftsarbeit
- Kenntnisse in arbeitsrechtlichen und gewerkschaftspolitischen Fragen
- Belastbarkeit, Verhandlungsgeschick, Durchsetzungsvermögen
- Bereitschaft zu flexiblen Arbeitseinsätzen
- guten schriftlichen Ausdruck und sicheren Auftritt vor Publikum
- Erfahrung in gewerkschaftlichem Engagement

Wir bieten:

- faire Anstellungsbedingungen
- überdurchschnittliche Sozialleistungen
- einen engagierten Vorstand
- abwechslungsreiche und interessante Tätigkeit
- Arbeit in kleinem Team mit hohem Mass an Selbständigkeit
- mit ÖV gut erreichbares Sekretariat in Glattbrugg (Nähe Flughafen Zürich)

Nähere Auskünfte erhalten Sie beim jetzigen Stelleninhaber René Zurin (044 810 69 87). Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte elektronisch bis **am 31. Januar 2018** an: [vpod.luftverkehr@bluewin.ch](mailto:vpod.luftverkehr@bluewin.ch). Beachten Sie auch [www.luftverkehr.vpod.ch](http://www.luftverkehr.vpod.ch).



Als Bildungsinstitut der Verbände des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) bietet Movendo in der ganzen Schweiz Weiterbildungen für Mitglieder und Mitarbeitende der Gewerkschaften sowie weitere Interessierte an.

Die Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmenden ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Stärke der Gewerkschaften. Sie investieren daher mit grosser Überzeugung in die Bildung ihrer Mitglieder und Mitarbeitenden. Movendo entwickelt ein qualitativ hochstehendes Bildungsangebot und führt dieses professionell durch: Dazu gehören Lehrgänge, Kurse, Schulungen, Tagungen, Seminare, Workshops, Beratung und Coaching.

Für die Leitung von Movendo suchen wir per 1. September 2018 oder nach Vereinbarung

**eine Institutsleiterin oder einen Institutsleiter (80–100%)**

Passende Top-Sharing-Bewerbungen werden auch geprüft.

**Ihre Aufgaben**

Als Leiter oder Leiterin eines dreizehnköpfigen Teams sind Sie verantwortlich für die strategische Weiterentwicklung von Movendo sowie Entwicklung, Durchführung und Evaluation des gesamten Bildungsprogramms. Sie arbeiten eng mit den Trägergewerkschaften und dem SGB zusammen und vertreten Movendo in zentralen Gremien.

**Ihr Profil**

Wir wenden uns an eine eigenständige, umsetzungsstarke Führungspersönlichkeit mit grosser Kontaktfähigkeit, einer raschen Auffassung und konzeptionellen Fähigkeiten.

Eine solide Führungsausbildung und Erfahrung in Erwachsenenbildung sowie fundierte Kenntnisse in Betriebsführung/-wirtschaft sind ideale fachliche Voraussetzungen für die Stelle bei uns. Sie identifizieren sich mit der Gewerkschaftsbewegung, verfügen über eine ausgewiesene Berufserfahrung in den erwähnten Aufgabengebieten und wollen Menschen in ihrer Entwicklung unterstützen. Sehr gute Deutsch- und Französischkenntnisse in Wort und Schrift sind für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit unseren Verbänden unerlässlich.

**Unser Angebot**

Movendo bietet Ihnen eine vielseitige Herausforderung mit Entwicklungspotential, vielen Gestaltungsmöglichkeiten und fortschrittlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Arbeitsort ist in Bern an zentraler Lage.

Weitere Angaben unter [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch).

Wir freuen uns auf Ihre kompletten Bewerbungsunterlagen bis 9. Februar 2018 an:

Movendo  
 Corinne Schärer  
 Präsidentin  
 Monbijoustrasse 61  
 3007 Bern

Für weitere Auskünfte: 079 219 94 20

**Leonie Vellacott (17) hegt und pflegt die Tiere im Zoo Zürich**

# «Ihre Leben hängen von mir ab»

**Die vielleicht beliebteste Lehrstelle der Schweiz: Leonie Vellacott lernt Wildtierpflegerin im Zoo Zürich.**

SINA BÜHLER | FOTOS PATRICK GUTENBERG

Edward, das Faultier, hängt kopfüber vom Ast und klaubt ein Karottenstück aus der Hand seiner Tierpflegerin. Er isst es unendlich langsam und klammert sich dabei mit seinen zwei Zehen an Leonie Vellacotts Hand fest. Seine Mitbewohnerin, sie heisst Prinzessin, interessiert die Mahlzeit nicht. Sie öffnet kurz ein Auge und bleibt dann dösend an ihrem Ast hängen. Viel enthusiastischer ist der Tamandua im Nachbargehege, ein kleiner Ameisenbär namens Lorenzo. Er lässt sich von seiner Pflegerin anfassen, während er geräuschvoll den Brei aus pürierten Ameisen schlürft. Und nebenan springen Neuweltaffen, die Weisskopfsakis, aufgeregt hin und her. Sie naschen von abgebrühten grossen Würmern: ein Leckerbissen.

**250 BEWERBUNGEN.** Gefüttert werden sie alle von der 17jährigen Leonie Vellacott. Sie macht ihre Lehre als Wildtierpflegerin im Zoo Zürich. Ein Traumberuf für viele. Leonie hat sich gegen 250 Mitbewerberinnen und -bewerber durchgesetzt. Wie hat sie das gemacht? «Ich habe mich extrem bemüht. Es gibt zwar kaum Zoo-Lehrstellen in der Schweiz, aber ich habe trotzdem unzählige Bewerbungsschreiben abgeschickt, ging überall zum Schnuppern. Es ist ein Traumberuf und unglaublich vielfältig», erzählt sie. Ihre Bewerbung kam so gut an, dass Leonie Vellacott als eine von zehn Jugendlichen zum Vorstellungsgespräch eingeladen wurde.

«Nur die besten drei durften zwei Tage schnuppern», erzählt sie. Ohne mit der Wimper zu zucken, verfütterte sie rohes Fleisch, säuberte die Gehege. Dass der Zoo nur eine Wildtierpfleger-Lehrstelle im Jahr anbietet, liegt unter anderem am Stellenmarkt. «Es gibt auf der ganzen Welt nur wenige Stellen für Wildtierpflegerinnen», sagt Leonie Vellacott.

**UNTER BEOBACHTUNG.** Was braucht es für die Arbeit im Zoo? Organisationsfähigkeit und Aufmerksamkeit: «Das Leben und die Gesundheit der Tiere, die ich betreue, hängen von mir ab. Ich bin dafür verantwortlich.» Sie muss erkennen, wenn ein Tier krank ist. Aufpassen, wenn sich ihr Verhalten ändert. Und ihr Arbeitstag ist auch körperlich anstrengend. Sie steht jeden Tag um vier Uhr auf, um von Winterthur rechtzeitig um 6.30 Uhr umgezogen an der Arbeit zu sein. Wenn sie selber nicht ganz fit sei, werde sie zu langsam und unaufmerksam, das sei schnell gefährlich für Tiere, Mitarbeitende, Besucherinnen und Besucher. «Ausserdem brauche ich ein gutes Auftreten, die Gäste im Zoo sollen mir ver-

trauen und mich gleichzeitig respektieren», erzählt sie. Ermahnungen gehörten halt dazu. Beispielsweise, wenn sie sagen muss, dass Klopfen an der Scheibe der Gehege verboten sei. Das braucht ein gutes Selbstbewusstsein, was sie aber schnell gelernt habe. Und: «Ich bin viel offener geworden, seit ich im Zoo bin.»

Trotzdem muss sie das Publikum manchmal ausblenden. Beispielsweise dann, wenn sie die Tiere füttert, und ihr ein paar Dutzend Augenpaare bei der Arbeit zusehen.

**GEFÄHRLICHE ARBEIT.** In der Ausbildung im Zoo lernt sie jeweils ein Revier nach dem anderen kennen. «Je nach Revier bekomme ich dafür so viel Zeit, wie ich brauche», sagt Leonie Vellacott. Speditives Lernen sei natürlich schon vorgesehen, aber sie müsse auch Sicherheit gewinnen. Denn nach einer Weile darf sie die Tiere alleine betreuen. Gleichzeitig lernt sie dann schon im nächsten Revier an. Mit einer Ausnahme: Menschenaffen und Raubtiere. «Es sind Reviere mit erhöhten Sicherheitsansprüchen. Und als Lernende darf ich dort nur begleitet arbeiten.»

Trotz der ganzen exotischen Umgebung muss Leonie Vellacott die Romantik auch etwas trüben: «Viel von meinem Alltag besteht aus Putzen. Und der zeitliche Druck ist schon ziemlich gross», sagt sie. Vor allem für eine Perfektionistin, wie sie es ist: «Ich muss ja nicht nur so schnell, sondern auch so gut wie möglich den Tagesplan abarbeiten.» Deshalb wird von Lernenden erwartet, dass sie schnell eigene Tricks

entwickeln. Beispielsweise keinen einzigen Leerlauf machen: «Ich überlege mir immer schon vorher, was ich mitnehmen kann.»

Denn der Zürcher Zoo ist riesig: 60 Tierpflegerinnen und -pfleger betreuen 375 Tierarten, die in 18 verschiedenen Revieren auf 27 Hektaren leben. «Dass zwei meiner Reviere direkt nebeneinanderliegen, ist praktisch nie der Fall», sagt sie lachend. Und so ist es kein Wunder, dass sie sich

manchmal darauf freut, in der Berufsschule mal einen ganzen Tag auf einem Stuhl sitzen zu können. Schulisch sei der Stoff aber schon sehr anspruchsvoll. Sie muss die Anatomie der Tiere ganz genau studieren. Lernen, zu welchem Stamm, zu welcher Klasse, Ordnung, Familie, Gattung und Art sie gehören. «Aber es ist auch schön, dass ich die Theorie direkt in der Praxis erleben kann.»



## LEONIE VELLACOTT INSEKTEN- ZÜCHTERIN

Leonie Vellacott (\*2000) lebt mit ihren Eltern und ihrer Schwester in Winterthur. Der Vater ist Filmregisseur, die Mutter wissenschaftliche Mitarbeiterin einer Fachhochschule. Die Oberstufe besuchte Leonie in einer privaten Schule mit künstlerischem Schwerpunkt. Dort durfte sie sogar ihren Hund zur Schule mitnehmen. Neben dem Hund und einer Katze hat Leonie noch mehr Tiere: Sie züchtet *Phyllium philippinicum*, eine Art der sogenannten wandelnden Blätter, Riesenheuschrecken, Gottesanbeterinnen und weitere Insekten. Insgesamt sind es zurzeit etwa hundert Stück.

**ZEICHNEN.** Nur kurz zögerte Leonie Vellacott, ob sie eine künstlerische Laufbahn einschlagen solle, aber eigentlich war immer klar, wo sie sich am wohlsten fühlte: bei den Tieren. Jetzt zeichnet sie privat, hauptsächlich in ihrem eigenen Stil. Früher waren es Manga, japanische Comics. Sie ist so fasziniert von Japan, dass sie etwas Japanisch lernt. Sie könnte sich auch vorstellen, im Tokyoter Zoo zu arbeiten. Aber jetzt konzentriert sie sich auf die Lehre, hängt vielleicht noch die Berufsmatura an. Im zweiten Lehrjahr verdient Leonie 900 Franken.



**TRAUMBERUF:** Als Wildtierpflegerin sorgt Leonie Vellacott dafür, dass die Tiere ihr Fressen bekommen, ihr Gehege sauber ist und sie sich rundum wohl fühlen.

**Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**

**Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **E-Mail Redaktion** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) **Internet** [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch) **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), [mariejosekuhn@workzeitung.ch](mailto:mariejosekuhn@workzeitung.ch); Christian Egg, [christianegg@workzeitung.ch](mailto:christianegg@workzeitung.ch); Ralph Hug, [ralphhug@workzeitung.ch](mailto:ralphhug@workzeitung.ch); Patricia D'Incau, [patriciadinciau@workzeitung.ch](mailto:patriciadinciau@workzeitung.ch); Sabine Reber, [sabinereber@workzeitung.ch](mailto:sabinereber@workzeitung.ch) **Mitarbeit an dieser Nummer** Peter Bodenmann, Sina Bühler, David Gallusser, Martin Jakob, Andreas Rieger, Lotta Suter, Clemens Studer, Anne-Sophie Zbinden, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, [ninaseiler@workzeitung.ch](mailto:ninaseiler@workzeitung.ch); Tom Hänzel **Korrektorat** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **Anzeigenmarketing** Cebeco GmbH, Weberstrasse 66, 8134 Adliswil, Telefon 044 710 19 91, 044 709 19 20, [anzeigen@workzeitung.ch](mailto:anzeigen@workzeitung.ch) **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. **Übrige Abonnenten:** Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, [abo@workzeitung.ch](mailto:abo@workzeitung.ch) **Auflage** 92 416 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.